

Meine Damen und Herren! Wer wissen will, wie die Privatisierung einer staatlichen Eisenbahngesellschaft zwangsläufig enden muss, der kann einmal nach Großbritannien fahren. Eine Fahrt in einem britischen Zug, der je nach Strecke einem von 25 Betreibern gehört, ist laut Medien und denen, die es schon einmal erlebt haben, eine ganz eigene Erfahrung für sich. Überfüllte, veraltete und verdreckte Waggons strapazieren die Geduld der Bahnfahrenden. Verspätungen sind an der Tagesordnung, annullierte Züge nicht selten. Die Preise sind im europäischen Vergleich „Spitzenklasse“.

Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ bezeichnete die Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien als Desaster. Ich zitiere: „Das fragmentierte, unübersichtliche System, das geschaffen wurde, ist ineffizient, kennt keine Verantwortungsstruktur und kann gelegentlich lebensgefährlich sein.“ Weiter heißt es: „Nicht alle staatlichen Dienstleistungen eignen sich zur Privatisierung, vor allem nicht natürliche Monopole. Eine zivile Gesellschaft braucht kommerzfreie Zonen.“ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass in England derzeit die Wiederverstaatlichung der britischen Eisenbahn diskutiert wird.

Der Zug, meine Damen und Herren, für eine Bürgerbahn statt eine Börsenbahn ist noch längst nicht abgefahren. Das jüngste Gutachten des Bundesrechnungshofes sollte von allen verantwortungsbewussten Kräften als letzter Warnruf und entscheidender Wendepunkt wahrgenommen werden.

Nach dem mittlerweile zwölfjährigen Privatisierungsprozess stellte der Bundesrechnungshof fest, dass die mit der Privatisierung der ehemaligen Deutschen Bundesbahn und der Reichsbahn verfolgten Ziele bisher nicht erreicht

worden sind. Dieses vernichtende Urteil wird noch präzisiert. So sei es nicht gelungen, durch die Bahnreform den Bundeshaushalt zu entlasten. Ebenso sei die Mitfinanzierung des Schienennetzes durch die Bahn ausgeblieben. Eine Änderung dieser Situation zeichnet sich nicht ab – so das Fazit des Bundesrechnungshofes.

Der Rechnungshof regt unter anderem an zu ermitteln, welchen Umfang das Bahnnetz haben muss, um „die Gemeinwohlverpflichtung des Bundes zu erfüllen und wie eine geeignete Struktur mit auf Bund und Ländern verteilten Zuständigkeiten aussehen könnte“.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Delle, kommen Sie bitte zum Schluss!

Alexander Delle, NPD: Letzter Satz. – Meine Damen und Herren! An diesen Rat des Bundesrechnungshofes sollten wir uns alle halten. Ich bitte Sie deshalb nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Das war das Schlusswort. Somit kommen wir zur Abstimmung. Ich stelle die Drucksache 4/5863, Antrag der NPD-Fraktion, zur Abstimmung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Und die Gegenprobe! – Die Stimmenthaltungen? – Bei keinen Enthaltungen und wenigen Pro-Stimmen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum eventuellen Höhepunkt des heutigen Tages. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 12

– Verantwortung der Staatsregierung für den Erhalt des Welterbes „Dresdner Elbtal“

Drucksache 4/5864, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Vorstellungen der Staatsregierung über den Umgang mit dem UNESCO-Welterbe in Sachsen

Drucksache 4/4117, Antrag der Linksfraktion.PDS, mit Stellungnahme der Staatsregierung

In der ersten Runde beginnt die Fraktion der GRÜNEN, danach die Linksfraktion.PDS und die gewohnte Reihenfolge. Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Wir wollen mit unserem Antrag natürlich feststellen, welche Verantwortung die Staatsregierung in diesem Sachverhalt trägt. Es geht nicht nur, wie manche sagen werden, um eine Brücke über die Elbe. Es geht um viel mehr. Es geht darum, ob Sachsen internationales Ansehen dadurch einbüßt, dass es versäumt, sich darum zu kümmern, alles, was nötig und

möglich ist, dafür zu tun, dass der Welterbetitel, mit dessen Entzug gedroht worden ist, für uns erhalten bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den letzten Wochen war die Kommentierung von der Seite der Staatsregierung immer, das sei eine rein kommunale Angelegenheit. Und dann hat doch – Herr Hatzsch, entschuldigen Sie diese saloppe Aussprache – die Staatsregierung immer den toten Käfer gespielt. Sie haben sich auf den Rücken gelegt, die Beine angewinkelt und gehofft, dass keiner Sie bemerkt, weil Sie sich nicht zucken. So ist es aber nicht.

Ende der neunziger Jahre hat die Staatsregierung – nur in Form anderer Minister – sehr wohl diese Brückenentscheidung forciert und sich sehr wohl eingemischt. Damals hieß es vom damaligen Wirtschaftsminister Kajo Schommer, Geld gäbe es nur für diese Brücke, für keine andere. Da waren Sie aktiv und kein toter Käfer.

Oder auch die Tatsache, dass Sie das Welterbe natürlich selbst als Antragsverfahren nach Paris weitergeleitet haben und dass Sie weitere Welterbestätten von Sachsen in Paris 2008/2010 anmelden wollen, heißt eigentlich auch, dass Sie aktiv werden. Das Geld, das für die Brücke mehrheitlich aus öffentlichen Geldern von Bund und Land stammt, liegt auch in Ihrer Hoheit über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Im § 2 wird deutlich ausgeführt, dass förderungsfähige Vorhaben natürlich auch der Bau und Ausbau von verkehrswichtigen innerörtlichen Straßen und verkehrswichtigen Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehrsnetz sind. Das heißt, es ist völlig schnuppe, ob es diese Brücke, ein Tunnel oder zwei kleine Brücken sind. Alle diese Dinge sind aufgrund ihrer innerstädtischen Verkehrsfunktion natürlich mit diesem Geld förderfähig und ich wünschte, Sie würden das heute klarstellen, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg.
Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS)

Das Einzige, was mit dem Geld nicht förderfähig wäre, sind kleine Anliegerstraßen, aber das sollte ja, so hoffe ich, die Brücke auch nie werden. Das Land will noch mehr. Der Freistaat Sachsen möchte 2008 die Montanregion Erzgebirge als Welterbestätte anmelden. Das Land Sachsen möchte bis 2010 Görlitz, Meißen, die Thomaskirche und die Bachstätte in Leipzig als Weltkulturerbe anmelden. Wenn Sie das alles vorhaben, brauchen Sie natürlich eine kommunikative Situation in Paris. Die werden Sie nicht bekommen, wenn Sie sich jetzt hier auf die Hinterbeine stellen oder „toter Käfer“ spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD
und der Abg. Regina Schulz, Linksfraktion.PDS)

Der vor einer Woche in Vilnius getroffene Beschluss war eindeutig.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Das war übrigens kein Befehl einer übergeordneten Behörde, wie manche glauben machen wollen, sondern eine ganz einfache Entscheidungsaufgabe für alle Politiker, die hier tätig sind. Der Beschluss sagt aus: Wir fordern den Staat – und damit sind Sie gemeint – und die städtischen Autoritäten auf, dringend das Bauprojekt zu stoppen und Diskussionen mit allen Beteiligten aufzunehmen, um alternative Lösungen zu finden. Das ist ein Auftrag an die Staatsregierung, den Prozess zu moderieren.

Im Beschluss von Vilnius steht auch, dass man den Staat auffordert, unverzüglich die Projekte in der Kernzone noch einmal zu überdenken. Auch das ist ein klarer Handlungsauftrag an die Staatsregierung. Wer das immer

noch bezweifelt oder – wie Sie, Herr Buttolo, es vor wenigen Tagen getan haben – infrage stellt, der sollte sich anschauen, wie das Dresdner Regierungspräsidium heute über die Presse versucht hat, deutlich zu machen, wie sehr es doch befugt ist, sich einzumischen. Da ist angedroht worden, den Bau der Brücke zu vollziehen, falls der Stadtrat eine andere Entscheidung trifft. Insofern sind Sie als Innenminister und oberste kommunale Aufsichtsbehörde allerdings mit im Boot und müssen eingreifen.

Es ist doch nicht das Problem, durch eine Verhandlungslösung zu einem Vollzug des Bürgerentscheids zu kommen, der den Vorgaben der UNESCO entspricht. Das ist doch möglich. Das Beispiel dafür heißt übrigens Kölner Dom.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Karl Nolle, SPD)

Im Zuwendungsbescheid des Regierungspräsidiums vom 28.10.2004 wird deutlich gemacht, woher die Mittel stammen und dass die Inanspruchnahme dieser Gelder für die Stadt Dresden bis zum Jahr 2008 möglich ist. Das heißt, man kann in Ruhe alles diskutieren und neu planen. Es ist eine unverbindliche Bereitstellung, für die kein Rechtsanspruch besteht und die an den Haushalt gekoppelt ist.

Sie hatten jetzt große Verteilungsprozessionen für das Geld der nächsten zwei Jahre. Deshalb gehe ich davon aus, dass das Geld auch im nächsten Jahr noch zur Verfügung steht. Das kann also nicht das Problem sein.

Es gibt ein Gutachten von Prof. Dr. Ulrich Fastenrath vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Juristischen Fakultät der TU Dresden. Das ist taufersch, vom 11. Juli 2006. Dort heißt es auf Seite 4: „Es gibt keinen Glaubensschutz ... wie im deutschen Verwaltungsrecht, wonach die Verwaltung unter Umständen eine rechtswidrige Entscheidung aufrechterhalten muss, wenn die Bürger auf sie vertraut haben.“ Es heißt darin weiter: „Die Aufnahme eines Objekts in die Rote Liste dient als Mahnung an den betreffenden Staat ...“, – das ist hier der Freistaat Sachsen – „etwaige Planungen mit negativen Auswirkungen fallen zu lassen.“ Der Bewilligungsbescheid des Regierungspräsidiums wird in diesem Gutachten auch untersucht. Dazu heißt es sinngemäß, dass auch hier bei der Planung die Einbeziehung aller öffentlichen Belange vorgesehen ist. Das heißt, völkerrechtliche Verpflichtungen – damit sind wir beim Kern – sind natürlich zu berücksichtigen.

Nun muss man davon ausgehen, dass der Bewilligungsbescheid des Regierungspräsidiums nicht genügend Rücksicht auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus dem Beantragen des Welterbetitels ergeben haben, genommen hat und deshalb der Planfeststellungsbeschluss wahrscheinlich falsch ist. Wenn dem so ist, dann muss das Regierungspräsidium als Planfeststellungsbehörde prüfen, ob der Beschluss zurückzunehmen ist. Nach der Entscheidung von Vilnius muss das innerhalb Jahresfrist getan werden.

Der Stadtrat ist übrigens nicht an die Planungen gebunden, die dem Planfeststellungsbeschluss vom Februar 2004 zugrunde liegen.

Wir können das alles weiter ausdiskutieren, wenn morgen nicht der Baubeginn vom Stadtrat Dresden beschlossen wird. Im Moment gehe ich nicht davon aus, dass dieser Beschluss morgen gefasst wird.

Wenn wir Zeit haben, das alles über die Sommerpause in Ruhe zu diskutieren, dann ist die Frage der Bundestreue in diesem Fall zu stellen. Das ist zwar verfassungsrechtlich schwammig formuliert, das gebe ich gern zu, aber natürlich ist der Freistaat Sachsen als der Handelnde zum Beispiel bei der Weiterreichung der Gelder aus dem Verkehrswegefinanzierungsgesetz verpflichtet zu prüfen, dass der Erhalt des Welterbetitels nicht durch eigenes staatliches Handeln in Gefahr gerät.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS,
und Karl Nolle, SPD)

Wenn Sie das in Ruhe prüfen wollen, können Sie im Übereinkommen der UNESCO über den Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt von 1972 noch einmal nachschlagen. Im Artikel 4 ist festgelegt: „Jeder Vertragsstaat erkennt an, dass es in erster Linie seine eigene Aufgabe ist, Erfassung, Schutz und Erhaltung in Bestand und Wertigkeit des Kultur- und Naturerbes sowie seine Weitergabe an künftige Generationen sicherzustellen.“ Es ist weiterhin in Artikel 5 ausgeführt: „Um das zu gewährleisten, wird sich jeder Vertragsstaat bemühen, geeignete rechtliche, ... Verwaltungs- und Finanzmaßnahmen zu treffen, die für die Erfassung, den Schutz, die Erhaltung in Bestand und Wertigkeit sowie Revitalisierung eines Erbes erforderlich sind.“ Dabei sind Sie gefordert.

Kulturgüter sind Träger von Werten und Bedeutungen. Sie sind ein öffentliches Gut. Brücken tragen nur Autos.

(Proteste bei der CDU)

Die Staatsregierung hat in diesem Fall für Sachsen quasi außenministerielle Aufgaben. Sie sind als Staatsregierung dafür verantwortlich, wie Sachsen international wahrgenommen wird.

Wenn Sie bezweifeln, dass es eine internationale Dimension gibt, dann sage ich Ihnen, dass sich sogar die BBC bemüht hat, mich aus London anzurufen, um einen Kommentar zur Waldschlößchenbrücke zu bekommen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das ist also nicht nur ein kommunales Projekt, sondern hat sich weltweit herumgesprochen. Darauf sollten Sie Rücksicht nehmen.

Man kann sich auf der Welterbeliste ansehen, woran es liegt, dass vereinzelte Welterbegüter auf die Rote Liste kommen. Das ist interessant. Meistens verursachen das Naturkatastrophen. Manchmal sind es auch Bürgerkriege oder wirtschaftliche Gründe. Man möchte zum Beispiel in Ägypten eine Autobahn bis zu den Pyramiden bauen.

Daraus ergibt sich natürlich ein Gefährdungspotenzial. Auf der Roten Liste stehen zum Beispiel die Buddha-Statuen von Bamiyan in Afghanistan. Die haben die Taliban zerschossen. Auf der Liste steht der Palast des Khan von Schirwan aus Baku in Aserbaidschan. Das war ein Erdbeben. Darauf stehen auch die Königspaläste von Abomey in Benin. Das war ein Tornado.

Seit letzter Woche steht der Kölner Dom nicht mehr darauf. Er hat es geschafft, wieder von der Liste herunterzukommen. Das war ein Bauvorhaben. Natürlich steht jetzt das Dresdner Elbtal auf der Liste. Das ist auch ein Bauvorhaben, kein Tornado, kein Erdbeben, kein Bürgerkrieg, einfach nur ein kommunales Bauvorhaben, das so groß ist, dass man sagt: Große Brücke – großer Ärger, wenn man Welterbeträger ist, kleine Brücke – kleiner Ärger.

(Volker Bandmann, CDU:
Aber ein Bürgerentscheid!)

Nun überlegen Sie sich, wie die Verhandlungslösung aussehen muss.

Ich glaube, diese Angelegenheit erfordert Staatsmänner und keine ministeriellen Mikadostäbchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Der zweite Antrag wird von Frau Mattern für die Linksfraktion.PDS eingebracht.

Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das aktuelle Verhalten der Regierungspolitik im Dresdner Brückenstreit hat bereits jetzt dazu geführt, dass der Ansehensverlust für ein Land wie Sachsen, das sich als Kulturland versteht, immens ist. Das beweist auch das außerordentliche Medienecho, bei dem Sachsen keineswegs gut wegkommt, sondern als zänkisch und borniert dargestellt wird.

Meine Damen und Herren! An diesem Zustand ist etwas zu ändern. Wir müssen uns an die Grundlagen erinnern, nach denen das Weltkulturerbe vereinbart worden ist. 1972 hat die UNESCO das Internationale Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt verabschiedet. Inzwischen haben es 180 Staaten unterzeichnet. Es ist das international bedeutendste Instrument, das jemals von der Völkergemeinschaft zum Schutz ihres kulturellen und natürlichen Erbes beschlossen wurde.

1992 wurde von der UNESCO das Welterbezentrum gegründet. Es hat seinen Sitz in Paris. Ziel des Zentrums ist es, die internationale Zusammenarbeit für einen wirksamen Schutz des Natur- und Kulturerbes zu fördern und zu intensivieren.

Die UNESCO hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Kultur- und Naturgüter der Menschheit, die einen außergewöhnlich universellen Wert besitzen, zu erhalten. Bisher sind 812 Stätten weltweit auf der UNESCO-Liste

des Welterbes verzeichnet. Es wird dabei allgemein zwischen Natur- und Kulturerbestätten unterschieden. Gerade einmal 24 Stätten in der Welt bekamen einen Status zuerkannt, bei dem diese beiden Werte vereint sind. Eine dieser Stätten ist seit 2004 das Dresdner Elbtal, in dem Natur und Kultur zu einem einzigartigen Ensemble verschmolzen sind.

Aus einer solchen Aufgabe ergibt sich natürlich zuerst auch mehr Arbeit, und zwar entsprechend den Verpflichtungen, die Deutschland mit der Unterzeichnung der Konvention eingegangen ist. Frau Hermenau hat aus dieser Konvention bereits zitiert. Es wird dort ausgeführt, dass jeder Vertragsstaat hierfür alles in seinen Kräften Stehende tun muss, unter vollem Einsatz seiner eigenen Hilfsmittel und gegebenenfalls unter Nutzung der ihm erreichbaren internationalen Unterstützung und Zusammenarbeit, insbesondere auf finanziellem, künstlerischem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet. Alles in seinen Kräften Stehende soll getan werden, nicht etwa von einer Kommune, sondern vom Staat.

Die UNESCO richtete einen Welterbefonds ein. Daraus kann im Fall von Naturkatastrophen oder mangelnder Möglichkeit zur Eigenleistung Unterstützung gegeben werden. Vor allem aber nutzt Dresden diesen Fakt als internationalen Werbeeffekt, der mit der Aufnahme in das Welterbe verbunden ist.

Die Linksfraktion.PDS hat schon im Januar 2006 einen Antrag in das Hohe Haus eingebracht, der die Staatsregierung auf ihre Verantwortung für die Welterbestätte Dresdner Elbtal aufmerksam macht. Dieser Antrag steht jetzt gemeinsam mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Diskussion. Ich meine, dass wir recht spät, nicht nur von der Uhrzeit her, über diese Thematik diskutieren, aber es ist womöglich noch nicht zu spät.

Das Dresdner Elbtal – einige Monate auch von den Vertretern der CDU und FDP als stolzes Welterbe vor sich hergetragen – steht nunmehr auf der Roten Liste der UNESCO. Anstatt diese neue Herausforderung anzunehmen, werden die Mitglieder der UNESCO-Welterbekommission von den Herren Vaatz, Lämmel und Rohwer kurz und klein geheißt und beleidigt. Dafür, meine Damen und Herren, schäme ich mich.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Dass Sie nicht Manns oder Frau genug sind, mit einer solchen Tatsache so umzugehen wie zum Beispiel in Köln und nach einem Ausweg, einem anderen gangbaren Weg zu suchen, ist nicht nur enttäuschend, sondern wirft auch ein sehr erhellendes Licht auf Sie. Der Ministerpräsident lehnt sich zurück – wer weiß, wo – und schiebt die Verantwortung für die Waldschlößchenbrücke der Kommune zu. Merkwürdig nur, meine Damen und Herren, wie viele CDU-Landes- und -Bundespolitiker sich in der Sache äußern und sich wie eh und je, seit es um diese Brücke geht, in die kommunalen Angelegenheiten der Stadt Dresden einmischen. Vor fünf oder sechs Jahren hätte

man sich gewünscht, dass sie sich zurückhalten. Aber damals schon gab es von den Herren Biedenkopf, Milbradt und Schommer nur ein einziges Statement: Gefördert wird nur diese eine Brücke am Standort Waldschlößchen, nichts anderes wird zugelassen.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Hört, hört!)

Die Stadt, meine Damen und Herren – das muss man einmal so eindeutig feststellen –, hatte von Beginn an null Spielraum. Sie war festgelegt worden, und zwar von der Staatsregierung.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch einmal in aller Kürze den Standpunkt der Linkspartei in dieser Sache darzulegen.

Erstens. Wir haben diese Brücke seit jeher aus verkehrspolitischen Gründen abgelehnt, weil sie Quell- und Zielverkehre in die Stadt holt, die wir weder wollen noch in den direkt betroffenen Stadtteilen verkraften können. Deshalb sehen wir auch keine Alternative in einem etwaigen Tunnelprojekt, weil ein solcher Tunnel natürlich die gleichen Probleme wie eine Brücke hervorruft.

Zweitens haben wir uns immer für den Welterbestatus des Dresdner Elbtals stark gemacht, aber ohne das eine gegen das andere auszuspielen.

Drittens. Wir haben während des Bürgerentscheides über die Waldschlößchenbrücke vehement für diese unsere Position gestritten und gegen die Brücke abgestimmt. Wir haben gemeinsam mit anderen diesen Bürgerentscheid verloren, aber wir haben ihn von diesem Tag an respektiert. Das war gut und richtig so.

Nun, meine Damen und Herren, liegt ein neuer Sachverhalt auf dem Tisch, der den Bürgerentscheid vom Februar 2005 in seiner Wahrhaftigkeit fragwürdig erscheinen lässt. Die Dresdner Bürgerinnen und Bürger hatten am Tage des Entscheidens im vergangenen Jahr keine Erkenntnisse darüber, dass die UNESCO das Dresdner Elbtal auf die Rote Liste setzen würde und später, wenn sich nichts tut, Dresden aus dem Welterbe streichen muss.

Das sind für mich gewichtige Gründe, die neu bedacht werden sollten. Deshalb hat meine Fraktion im Dresdner Stadtrat den Antrag gestellt, einen erneuten Bürgerentscheid durchzuführen. Es ist unsere tiefe Überzeugung, dass nur das Mittel eines Bürgerentscheides als demokratischer Weg möglich ist, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Ich weiß keinen Grund, weshalb sich CDU und FDP jetzt nicht mehr dem Bürgervotum, das ihnen bislang so wichtig war, stellen wollen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Feiglinge!)

Meine Damen und Herren! Aus Achtung vor der demokratischen Entscheidung der Dresdnerinnen und Dresdner ist es jetzt nicht an uns, neue Vorschläge und Alternativen in die Debatte zu werfen. Nur der Souverän könnte hier

noch ein letztes Wort sprechen. Jetzt ist es an der Staatsregierung, Verantwortung zu übernehmen. Sie trägt nämlich – das ist schon ausgeführt worden – keine unwesentliche Schuld an der eingetretenen Situation.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sehr richtig!)

Deshalb soll sie die entsprechenden Wege freimachen und nach Lösungen suchen, zum Beispiel Finanzierungswege eröffnen, ihr Know-how zur Verfügung stellen, Verhandlungsbasis schaffen, also im Prinzip einfach politisch tätig werden. Der Stellungnahme der Staatsregierung zu unserem Antrag ist übrigens folgender Satz zu entnehmen: „Die Sächsische Staatsregierung ist verpflichtet und steht gemeinsam in der Verantwortung, die einzigartigen Kulturleistungen der Vergangenheit und die gefährdeten Naturparadiese unserer Welt zu erhalten, zu schützen und für nachfolgende Generationen zu bewahren.“ Dem, meine Damen und Herren, ist nichts hinzuzufügen. Genau das wollen wir.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das waren die zwei einreichenden Fraktionen. Jetzt beginnt die eigentliche Aussprache. Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Rohwer, bitte.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, möchte ich erst einmal drei Dinge klarstellen.

Es wurde gerade behauptet, dass die Staatsregierung die Stadt Dresden gezwungen hat, an dieser Stelle eine Brücke zu bauen. Das stimmt nicht.

(Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS:
Das habe ich auch nicht gesagt!)

Richtig ist, dass im Verkehrswegeplan auf Beschluss des Stadtrates festgeschrieben worden ist, dass an dieser Stelle ein Verkehrszug die Elbe kreuzen soll. Aufgrund dieses Verkehrswegeplanes ist ein Antrag auf Förderung dieses Verkehrszuges gestellt worden. Dieser Verkehrszug ist dann mit einem Fördermittelbescheid gefördert worden.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die erste Zwischenfrage wird gewünscht.

Lars Rohwer, CDU: Ich denke, Herr Lichdi wird bestimmt in der Debatte noch einmal sprechen, und dann kann er alles vortragen. Ich möchte erst einmal richtig anfangen und dann auch zu Ende kommen, Herr Lichdi.

Als Nächstes wurde gesagt, dass man jetzt einfach noch einmal die Dinge umstricken könnte. Man könnte noch einmal anfangen zu diskutieren. Das hat insbesondere Frau Hermenau geäußert. Frau Hermenau, wir sind hier mittlerweile im Vergaberecht, wir sind nicht in irgendwelchen Spaßdingen. Wir haben hier Vergaberecht zu voll-

ziehen. Es hat eine Ausschreibung stattgefunden, es liegen Angebote auf dem Tisch, die ausverhandelt sind, und es ist jetzt zu entscheiden, wer diese Brücke bauen soll. Im Vergaberecht gibt es kein Hin und Her, sonst gibt es Rückforderungsansprüche. Das Vergaberecht ist an dieser Stelle eindeutig.

Das Dritte, das ich voranstellen möchte, ist, dass die Dresdner ziemlich anständig gewesen sind. Sie haben nämlich ein Vierteljahr gewartet und gesagt, wir respektieren die UNESCO, wir wollen, dass die UNESCO ihre Entscheidung treffen kann, und warten deswegen, bis wir deren Entscheidung haben, und werden dann bauen. Diesen Anstand, dieses Vierteljahr auf die UNESCO zu warten, hat die UNESCO aus meiner Sicht nicht honoriert, sondern sie hat die Situation verschärft.

Das waren meine drei Vorbemerkungen, damit noch einmal ein paar Sachen klargestellt sind.

Dresden hat entschieden: Die Brücke wird gebaut.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Unter anderen Voraussetzungen!)

Nach jahrzehntelangem Gezerre, Herr Dr. Hahn, hat der Bürgerentscheid im Februar 2005 endlich für Klarheit gesorgt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Ohne Kenntnis der UNESCO!)

Die Dresdner wollen die Brücke, und die Dresdner wollen die Brücke an dieser Stelle.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Nein, an dieser Stelle nicht!)

Sie haben diskutiert, wurden informiert und haben mit deutlicher Mehrheit entschieden. Dresden hat entschieden, weil es die Brücke braucht. Dresden hat entschieden, weil die Brücke eine selbstverständliche Weiterentwicklung dieser Stadt ist. Es ist schon immer so gewesen: Wo sich Menschen an einem Flusslauf niedergelassen haben, haben sie Brücken gebaut, um auch über diesen Fluss zu kommen. Das ist eine völlig natürliche Sache auf dieser Welt.

Aus Ihrer Perspektive, sehr verehrte GRÜNE- und Linksfraktion, haben die Dresdner natürlich falsch entschieden. Geschockt stellte die Pressesprecherin der Dresdner GRÜNEN nach Bekanntgabe des Bürgerentscheides fest: „Das Abstimmungsergebnis enttäuscht uns. Es zeigt, dass die finanziellen, ökonomischen und ökologischen Nebenwirkungen von den Wählern nicht genug berücksichtigt wurden.“

Als ob kein Wahlkampf stattgefunden hätte, in dem diskutiert worden ist und in dem natürlich auch die GRÜNEN und die Linksfraktion ihre Argumente einbringen konnten! Jeder Dresdner hat gewusst, worüber er entscheidet. Aber Sie interessiert das nicht.

Der Bürger hat entschieden und die Politik muss nun handeln. So funktioniert Demokratie. „Wir sind das Volk. Wir haben entschieden. Punkt.“

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Die UNESCO hat entschieden: Die Brücke darf nicht gebaut werden. Sie beruft sich dabei auf die Welterbekonvention und setzt Dresden auf die Rote Liste. Das ist, formal betrachtet, ihr gutes Recht. Wer sich nicht an die Spielregeln hält, fliegt halt raus.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sie sind enttäuscht von der Entscheidung!)

Aber ist es wirklich so einfach? Die UNESCO wusste von der Brücke und hat uns trotzdem aufgenommen. Sie hat nach ihren Spielregeln gehandelt – anfangs. Doch wenig später änderte sich das. Die UNESCO revidierte ihre Entscheidung auf Druck intensiver Lobbyarbeit der Brückengegner und bewusster Fehlinformationen. So wurde der ganze Prozess zur Farce. Die UNESCO bestellte ein neues Gutachten; die Gutachter erwiesen der Organisation einen Bärendienst.

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:
Das ist unglaublich!)

Ihr Urteil basierte auch auf falschen Annahmen und mangelnder Ortskenntnis.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Trotzdem hielt die UNESCO daran fest. So wurde aus einem sauberen Verfahren ein Geklüngel zwischen Teilen der UNESCO und denjenigen, die das Ergebnis des Bürgerentscheides nicht verschmerzen konnten.

(Johannes Lichdi, GRÜNE:
Das ist doch vollkommen absurd!)

Aus der Roten Liste bedrohter Welterbestätten wurde ein politisches Instrument, ein Instrument, um die Dresdner doch noch zu hintergehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Rote Liste wurde zur Drohung der Brückengegner, ein letztes Aufbäumen gegen eine demokratisch gefasste Entscheidung, auch in diesem Haus durch die Linksfraktion und gerade auch durch die GRÜNEN.

Dresden hat entschieden. Sie drohen der Stadt Dresden und ihren Bürgern.

Der Bürgerentscheid gilt. Ihre Drohungen sind dreist.

Wo ist der immerwährende Ruf nach Bürgernähe und Demokratie?

In dem Antrag, den die grüne Stadtratsfraktion morgen in den Stadtrat einbringt, finde ich kein einziges Wort zum Bürgerentscheid.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Aber bei uns!)

Er wird einfach negiert, als hätte er gar nicht stattgefunden.

Gleiches gilt für Ihre heutigen Anträge. Wie stehen Sie zum bereits durchgeführten Bürgerentscheid?

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Haben wir doch gerade beantwortet!)

Kein Wort dazu findet sich in den Anträgen.

Der Bürgerentscheid gilt, und Ihre Drohungen sind lächerlich.

In einer Studie der Universität St. Gallen über die wirtschaftlichen Effekte des UNESCO-Labels heißt es: „Zusammenfassend gehen wir davon aus, dass aus der Zertifizierung der Bodenseeregion – darum ging es in dieser Studie – als UNESCO-Weltkulturlandschaft nur in sehr geringem Umfang direkte Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ausgehen. Die Erwartungen an ein derartiges Label würden deutlich überschätzt“, so die Studie. Weiter heißt es: „Direkte ökonomische Effekte auf die regionale Wertschöpfung sind hier nicht zu erwarten. Wir gehen nicht davon aus, dass kurz- und mittelfristig zusätzliches regionales Einkommen

(Karl Nolle, SPD: Jetzt hören Sie doch
langsam mal auf mit der Schweinerei!)

direkt im Zusammenhang mit dem Label generiert werden kann.“

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Kollege Nolle, hier hat jeder Redner das Recht zu sprechen, solange er nicht die Etikette verletzt.

(Jürgen Gansel, NPD: Die Koalitionsetikette!)

Ich möchte Sie bitten!

Lars Rohwer, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – „So rechnen wir für den Tourismus, also den Teilbereich der regionalen Wirtschaft, für den in der Regel die größten positiven Effekte eines Labels vermutet werden, nicht mit einer signifikanten Erhöhung der Gäste- bzw. Übernachtungszahlen allein aufgrund des Labels.“

Die Tourismus-Marketing-Gesellschaft Sachsen kommt in einer Studie zu einem ähnlichen Ergebnis. Der Verlust des Labels sei für die künftigen Gästezahlen in Dresden unerheblich, so die Studie.

Glauben Sie angesichts solcher Studien wirklich an Ihr eigenes Horrorszenario?

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Alles zubetonieren!)

Glauben Sie wirklich, dass sich Herr Riegger – gegenüber im „Maritim“ – Sorgen um seine Auslastung macht, nur weil Dresden auf der Roten Liste steht? Glauben Sie wirklich, dass in einem der bestgebuchten Kongresszentren Deutschlands nur ein Kongress weniger stattfindet, weil wir das Label verlieren? Warum glauben Sie, dass Frau Kubitzka von der Dresdner Werbung und Tourismus GmbH gestern in der „SZ“ festgestellt hat, das Label spiele bei der Reiseentscheidung keine Rolle? Wo ist da der wirtschaftliche Schaden? Bleiben Sie auf dem Teppich und drohen Sie nicht den Dresdnern!

Sehr geehrte Frau Hermenau, die Frage, die Sie in Ihrem Antrag aufwerfen, ist die Frage nach der Legitimität politischer Entscheidungen. Während Sie die Welterbekonvention in den Vordergrund stellen, bevorzugen wir die Sächsische Gemeindeordnung. Was hat nun höhere Legitimität?

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Die Sächsische Gemeindeordnung natürlich!)

Ein zwischenstaatliches Abkommen ohne nationalstaatliches Transformationsgesetz oder ein direktdemokratisches Instrument, das nach der Wende bewusst in der Sächsischen Verfassung verankert wurde, um den Bürgerwillen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen?

Was ist für die Politik bindender? Ein Bürgerentscheid ist der unmittelbare Ausdruck dessen, was der Souverän möchte. Ein Bürgerentscheid ist die älteste Ausdrucksform von Demokratie. Er ist der unmittelbare Auftrag an die Politik. Was hat da mehr Legitimität: das Welterbekomitee oder die Bürger einer Stadt?

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Aus der UNESCO austreten! – Beifall des Abg.
Uwe Leichsenring, NPD – Uwe Leichsenring,
NPD: Langsam fällt der Groschen!)

Dresden hat entschieden. Dresden hat in der Vergangenheit immer richtig entschieden. Immer dann, wenn Dresden kurz vor dem Untergang stand – nach der Zerstörung am 13. Februar oder nach 40 Jahren Sozialismus –, haben die Dresdner in die Hände gespuckt, ihre Stadt wieder aufgebaut und zu neuem Glanz geführt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Jetzt spucken Sie auf die UNESCO!)

Ohne diesen Antrieb hätte uns die UNESCO niemals in das Weltkulturerbe aufnehmen können. In Sachen Denkmalschutz kann die UNESCO von den Dresdnern einfach noch etwas lernen.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Das ist eine provinzielle Logik!)

Daher appelliere ich an die UNESCO, den Dresdnern zu vertrauen, dass sie ihre Stadt so weiterentwickeln, dass deren Einzigartigkeit erhalten bleibt. Das ist ein Vertrauen, das auch andere Städte und Regionen, zum Beispiel die Montan-Region Erzgebirge, brauchen, wenn sie sich den Regeln der UNESCO unterwerfen. Ich stimme dem Geschäftsführer der Tourismus-Marketing-Gesellschaft Sachsen zu, wenn er feststellt: „Angesichts der kompromisslosen Haltung der UNESCO beim Kölner Dom und im Fall von Dresden sollten sich Städte und Regionen sehr genau überlegen, ob sie sich als Welterbestätten bewerben sollen.“

Die Kölner Lösung ist keine Lösung für Dresden, Frau Hermenau. Aus diesem Grund hat die Staatsregierung auch keine Veranlassung, den Moderator zu spielen. Köln konnte nachgeben – das war eine völlig andere Situation –, Dresden nicht. In Köln ist nach der Aufnahme darüber

nachgedacht worden, Hochhäuser zu bauen. In Dresden hat es von Anfang an in den Unterlagen gestanden. Die UNESCO sagt jetzt, das hätte sie nicht gewusst. Das stimmt nicht. Sie hat mit drei verschiedenen Gutachtern an der Stelle gestanden. Sie haben sehr wohl gewusst, worum es geht. In Köln ging es um privatwirtschaftliche Investitionen, in Dresden um den Bürgerwillen. Ich fordere die UNESCO auf, diesen Bürgerwillen zu achten und den Dresdnern zu vertrauen.

Für dieses Vertrauen werbe ich auch hier. Lehnen Sie die Anträge ab! Was in den sächsischen Städten geschieht, soll auch in den sächsischen Städten und Gemeinden entschieden werden,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

ohne Druck durch den Bund und ohne Druck durch das Land. „Wir sind das Volk! Wir haben entschieden! Punkt.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP –
Karl Nolle, SPD: Kulturbolschewik!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die SPD-Fraktion wird durch Herrn Dulig vertreten.

Martin Dulig, SPD: Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sprechen wir hier wirklich nur über ein Dresdner Problem? Wir müssen hier debattieren, hier, in diesem Hause. Die konkreten Entscheidungen müssen selbstverständlich in der Stadt getroffen werden. Diese Verantwortung kann nicht auf ein Landesparlament delegiert werden. Deshalb werden wir die vorliegenden Anträge ablehnen.

Aber selbstverständlich kommt der Landespolitik eine wichtige Rolle zu. Der Freistaat steht in der Pflicht, jetzt moderierend einzugreifen. Die ehemalige Staatsregierung vom Ministerpräsidenten bis zu den ehemaligen Wirtschaftsministern Schommer und Gillo haben die Stadt-CDU dahingehend gestützt, dass nur diese Brücke an diesem Standort finanziell unterstützt werden soll. Jetzt will die Staatsregierung, allen voran der Ministerpräsident, von alledem nichts wissen, erklärt das Problem zum Problem der Stadt und schlägt sich in die Büsche.

Es ist für uns ein vorrangiges Ziel, dass Dresden mit seinem Elbtal Weltkulturerbe bleibt.

(Beifall bei der SPD, der
Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Das ist keine Frage unmittelbaren ökonomischen Nutzens. Es geht hier um den Mythos der Stadt, um ihre Internationalität und eben nicht nur um Provinzialität,

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

um die Anerkennung ihrer Einmaligkeit, um ihren weltweiten Ruf als Kulturstadt und um die Vermeidung des

Makels, als erste Stadt weltweit diesen Titel zu verlieren, was bei Baubeginn dieser Brücke der Fall wäre.

Dresden ist nicht durch sein Verkehrskonzept, sondern durch seine Schönheit international bekannt.

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Genau aus diesem Grund hat die Stadt Dresden selbst den Antrag bei der UNESCO gestellt, um auf diese Liste zu kommen. Es war die Stadt Dresden, lieber Lars Rohwer, die auf diese Liste wollte. Wenn ich Ihre Rede gehört habe, erinnert mich das ganz schnell an diesen Spruch: Stimmt das Feindbild, stimmt das Weltbild.

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Deshalb müssen jetzt alle Alternativen geprüft werden:

Erstens, ob die Brücke auch nach den neuesten Prognosen überhaupt gebraucht wird;

zweitens, ob diese Brücke an diesem Standort gebraucht wird;

drittens, ob nicht andere Standorte und eine andere Architektur eine Vereinbarkeit herstellen;

viertens, ob die Verbesserung der bestehenden Brücken eine Lösung wäre oder

fünftens, ob nicht ein Tunnel den Interessen der Dresdnerinnen und Dresdner und der UNESCO gerecht wird.

Das hat nichts damit zu tun, eine demokratisch legitimierte Entscheidung zu diskreditieren. Aber wir wissen alle, dass der Bürgerentscheid unter anderen Voraussetzungen getroffen wurde.

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Sehr richtig!)

In der öffentlichen Argumentation der Brückenbefürworter zum damaligen Bürgerbegehren steht geschrieben, dass die Brücke mit dem UNESCO-Weltkulturerbe vereinbar ist. Jetzt haben wir es schwarz auf weiß, dass dies nicht der Fall ist. Ich kann daher nur die Entscheidungen der Stadtratsfraktion der SPD, der SPD Dresden und des SPD-Landesvorstandes unterstützen und darum bitten, die Bürgerinnen und Bürger erneut entscheiden zu lassen und alle Möglichkeit und Alternativen zur geplanten Waldschlößchenbrücke intensiv zu prüfen. Es steht viel auf dem Spiel und es ist nicht die Zeit, sich bockig hinzustellen und mit Augen zu und durch, koste es, was es wolle, vollendete Tatsachen zu schaffen. Damit meine ich auch die Verantwortlichen der Staatsregierung und im Dresdner Regierungspräsidium. Das sind wir dieser wunderschönen Stadt mit ihrer herrlichen Landschaft, unserem Land und den Menschen schuldig. Geht es Dresden gut, dann ist es auch gut für Sachsen.

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Apfel, Sie sprechen für die NPD-Fraktion; bitte.

Holger Apfel, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 68 % der Dresdner Bürger haben im Februar 2005 in einem Bürgerentscheid entschieden, dass die seit vielen Jahren heiß diskutierte Brücke am Waldschlößchen gebaut werden soll. 68 % – das ist der Wille der Mehrheit des Volkes, und diesen gilt es an allererster Stelle zu respektieren.

Die endlose Diskussion über die Waldschlößchenbrücke wurde von Anfang an von allen Seiten unsachlich geführt und hatte nur das Ziel, die eigene Klientel zu bedienen. Der Höhepunkt des Trauerspiels um die Waldschlößchenbrücke ist nun mit dem drohenden Verlust des Weltkulturerbestatus erreicht. Das haben wir, meine Damen und Herren, vor allem den GRÜNEN und ihrem Umfeld zu verdanken!

Wer war es denn anderes, der Kraft bei der UNESCO noch nach dem Bürgerentscheid gegen die Brücke geschlagen hat? Es waren die GRÜNEN und ihre Klientel, nur um die Brücke zu verhindern und ihre egoistischen Eigeninteressen durchzusetzen. Ausgerechnet die sauberen Musterdemokraten der GRÜNEN, die ja sonst so oft und so gern von mehr Bürgerbeteiligung sprechen, stellen sich offen gegen den Willen der Dresdner Bürger. Wollen Sie, meine Damen und Herren der GRÜNEN, das Volk so lange entscheiden lassen, bis die Menschen in der x-ten Abstimmung endlich Ihrer verkorksten Meinung folgen, nur damit sie endlich von Ihrem schäbigen Treiben in Ruhe gelassen werden? Ist das, meine Damen und Herren der GRÜNEN, Ihre Auffassung von Demokratie? Machen Sie ruhig weiter so und Sie werden hier in Sachsen noch stärker in der politischen Versenkung verschwinden, wie es die heutige Emnid-Umfrage mit 4 % bereits hergibt.

(Beifall bei der NPD)

Für uns als Nationaldemokraten ist der Wille des Volkes entscheidend, und das Volk hat entschieden. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir keine Kritik an der bisherigen Vorgehensweise haben würden. Von Anfang an – es ist bereits angesprochen worden – wurde vom CDU-Filz in Dresden und in der Landesregierung nur diese Brücke ins Auge gefasst. Alternativen kamen erst gar nicht in Frage. Dazu hat die Stadt reichlich argumentative Schützenhilfe vom Land erhalten: Schließlich könne ja die Stadt nichts anderes bauen, da es für eine andere Lösung keine Fördermittel gebe.

Jetzt, da es ernst wird und die UNESCO mit der Roten Liste droht, schreien alle danach, die Entscheidung liege bei der Stadt und man dürfe sich nicht in die kommunale Selbstverwaltung einmischen. Das ist richtig. Aber welcher erstaunlicher Sinneswandel, kann ich da nur sagen, denn die CDU-geführte Landesregierung hat sich in der Vergangenheit auf massive Art und Weise in die Entscheidung eingemischt. Die Fördermittelzusage wurde explizit nur für diese Waldschlößchenbrücke ausgesprochen, und diese hat natürlich die Entscheidung der Stadt maßgeblich

beeinflusst. Alternativen wurden demzufolge gar nicht erst geprüft. War das, meine Damen und Herren der CDU, etwa keine Einmischung in die kommunale Selbstverwaltung?

Die Ignoranz des machtverwöhnten CDU-Filzes, in Dresden von Anfang an keine Alternativen zuzulassen, hat den Brückengegnern erst Munition geliefert. Sie brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn dann auch der Weltkulturerbestatus des Elbtals mit ins Feld gegen die Brücke geführt und Dresden plötzlich auf die Rote Liste der UNESCO gesetzt werden soll.

Für uns ist die Haltung der UNESCO ohnehin unverständlich, denn diese kannte die Pläne bis ins Detail. Mehrere Gutachter waren in Dresden, um den Standort der Brücke zu besichtigen. Keiner von ihnen meldete Bedenken an. Deshalb halten wir eben auch die jetzige Entscheidung der UNESCO für eine vollkommen überzogene Reaktion; schließlich wurde dem Erhalt des Kulturerbes in Deutschland, speziell in Dresden, schon immer ein hoher Stellenwert beigemessen. Wir sind ein zivilisiertes Land und es besteht wohl kaum eine Gefahr, dass wir aus Gründen der Armut unser Kulturerbe nicht schützen könnten, es sei denn, die Politik der Versagerparteien bringt uns weiter an den Rand des Ruins. Aber das ist ein anderes Thema.

Für mich ist es trotzdem erstaunlich, dass einige Vertreter der CDU tatsächlich fordern, sich gegen die Welterbekonvention der UNESCO zu stellen. Herzlichen Glückwunsch, so viel Mut hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut, schließlich ist die Welterbekonvention ein überstaatliches Abkommen, und überstaatlichen Verträgen fühlen Sie sich sonst mehr verpflichtet als den Problemen im eigenen Land.

Ich kann Sie beruhigen: Es ist momentan nicht damit zu rechnen, dass Deutschland beim Bau der Waldschlößchenbrücke zum Schurkenstaat erklärt wird und beim Baubeginn sofort die Tarnkappenbomber über Dresden fliegen würden.

Die NPD-Fraktion wird den Willen der Mehrheit des Volkes akzeptieren. Wir werden uns dem Bau der Waldschlößchenbrücke nicht entgegenstellen und fordern stattdessen die rasche Umsetzung des Bürgerentscheids. Dabei gestehe ich ein, dass es auch innerhalb des Nationalen Bündnisses Dresden, das mit vier Mandatsträgern im Stadtrat Dresden vertreten ist, unterschiedliche Auffassungen und unterschiedliches Abstimmungsverhalten geben wird. Aber zumindest machen es sich die GRÜNEN um Frau Jähnichen zu einfach, wenn sie in ihren Planspielen für die morgige Stadtratssitzung einfach die vier Stadträte des Nationalen Bündnisses für sich zu vereinnahmen glauben.

Fakt ist jedenfalls – um wieder auf die Landesebene zu kommen –: Der Antrag der GRÜNEN ist für mich nichts anderes als ein heuchlerisches Machwerk. Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wollen keine Brücke. Das können Sie auch deutlich sagen. Sagen Sie den Menschen ferner, dass Sie die Entscheidung vom

Februar 2005 einen feuchten Kehrriech interessiert und die demokratische Mehrheitsfindung der Dresdner Bürgerinnen und Bürger von Ihnen mit Füßen getreten wird.

Im Übrigen ist es geradezu grotesk, wenn Sie, denen wir den Streit mit der UNESCO überhaupt zu verdanken haben, jetzt plötzlich die Landesregierung auffordern, eine moderierende Rolle zwischen Stadt und UNESCO einzunehmen. Meine Damen und Herren der GRÜNEN, das ist an Verlogenheit nicht zu überbieten. Wenn es Ihnen gefällt, kritisieren auch Sie die Einmischung in die kommunale Selbstverwaltung, gerade was die Vergabe von Landesmitteln betrifft. Nun, da es Ihnen passt, fordern Sie die Staatsregierung bewusst auf, sich einzumischen. Das ist unseriös. Deshalb werden wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

Beim Antrag der Linksfraktion.PDS wird sich die NPD-Fraktion der Stimme enthalten, da es sich hier um ein Auskunftsbeglehen handelt, das uns kaum weiterbringt, aber auch nicht schädlich ist. Für unsere Fraktion ist klar: Wollen wir weitere Politikverdrossenheit in unserem Land verhindern, dann muss das Ergebnis des Bürgerentscheids respektiert und rasch umgesetzt werden. Ferner gilt festzustellen, dass der Bau der Waldschlößchenbrücke allein die Sache der Stadt Dresden ist. Es darf nicht sein, dass von außen durch das Land, die UNESCO oder wen auch immer der Wille der Bürgerinnen und Bürger und die Entscheidung der Stadt beeinflusst wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die FDP-Fraktion spricht Herr Zastrow.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage Sie: Brauchen wir eigentlich einen Titel, um zu wissen, dass Dresden ein ganz besonders schönes Fleckchen Erde ist?

(Beifall bei der FDP und der NPD –
Widerspruch bei der Linksfraktion.PDS)

– Sie können sich noch ganz oft aufregen. Das gelingt Ihnen in den nächsten 23 Minuten ganz gewiss.

(Heiterkeit bei der NPD)

Brauchen wir den Stempel irgendeines Bürokraten aus dem fernen Vilnius oder irgendeine Urkunde, die uns Dresdner ermahnt, mit dem, was wir hier haben, verantwortungsbewusst und ordnungsgemäß umzugehen? Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass wir das nicht brauchen. Herzlich Willkommen im Weltkulturerbe der Herzen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP –
Widerspruch bei der Linksfraktion.PDS)

Alles, Martin, alles, weil du heute vom Mythos und von Internationalität gesprochen hast, weil von hier drüben immer der Vorwurf der Provinzialität kommt, alles, was die Stadt Dresden geschaffen hat und was die Einzigartig-

keit Dresdens ausmacht, hat sie geschaffen, ohne Weltkulturerbe zu sein. Das erste Projekt nach der Verleihung des UNESCO-Titels, was die Dresdner selbst entschieden haben durchzuziehen, fällt uns plötzlich auf die Füße und das Weltkulturerbekomitee sagt uns, das dürft ihr nicht machen, das nehmen wir euch weg. Wir trauen euch nicht zu, eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Das ist schizophren. Das lasse ich mir als gebürtiger Dresdner und einer, der hier lebt und noch lange leben will, nicht gefallen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der NPD –
Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

– Herr Porsch, ich möchte behaupten, dass Dresden mit einer obersten Aufsichtsbehörde, nämlich der UNESCO, nicht so schön geworden wäre, wie es ist, und zwar ganz eindeutig. Ich glaube, dass es mit der UNESCO in Dresden überhaupt keine Brücken gegeben hätte, gleich gar nicht das Blaue Wunder. Sie wissen das selbst. 1893 wurde es eingeweiht und war zur damaligen Zeit höchst umstritten. Die Leute hatten damals 20 Jahre lang um diese Brücke gestritten. Frau Ernst, Sie als Dresdnerin wissen das ganz genau.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Ich schäme mich für Ihre Ausführungen!)

Es gab eine ganze Menge Leute, gerade aus dem so genannten Bildungsbürgertum, die gesagt haben, um Gottes willen, das könnt ihr nicht machen. Warum übrigens? Auch das Blaue Wunder verstellt den Blick auf diese drei schönen Elbschlösser, die wir haben. Irgendwie stimmt das ja.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Das Blaue Wunder hat einen ästhetischen Wert!)

– Es hat einen ästhetischen Wert, aber über Geschmack kann man streiten. Vielleicht gelingt es auch mit der neuen Brücke, einen Anziehungspunkt zu schaffen. Als das Blaue Wunder damals in Dresden gebaut worden ist, konnte keiner ahnen, nicht einmal die Bauleute und Architekten, dass es diese touristische Wirkung entfalten würde. Das Blaue Wunder würde es nicht geben, heute ist es ein Tourismusmagnet.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Alle Brücken sind Tourismusmagneten!)

Irgendwie scheint es mir so, wenn ich den linken Zwischenrufen lausche – außer Sie, Herr Hahn, Sie sind da sehr anständig, ich weiß, danke schön –, zum Beispiel von Herrn Porsch, dass wir in Dresden die Elbe immer noch an dieser Furt zwischen Pillnitz und Kleinzschachwitz durchqueren müssten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir gerade bei Pillnitz sind: Was meinen Sie wohl, was die UNESCO zum Schloss Pillnitz gesagt hätte? Oh! Ich sage Ihnen, die hätten nein gesagt. Diese asiatischen Baumuster am Schloss Pillnitz, das passt überhaupt nicht

in die alte, traditionelle sächsische Kulturlandschaft hinein. Ich bin froh, dass wir damals so einen Regulator nicht über uns hatten und dass die Dresdner selbst entschieden haben. Das war die richtige Entscheidung für diese Stadt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der NPD)

Weil Sie alle so herumkrakeelen, ich weiß, wovon ich spreche. Das Haus, in dem ich wohne, steht mitten im Weltkulturerbebereich. Ich bin mir nicht sicher, ob dieses Haus unter den heutigen Gegebenheiten gebaut worden wäre. Irgendeinem in Vilnius hätte es wahrscheinlich auch nicht gefallen, genauso wenig wie dieser Sächsische Landtag. Auch den hätte eine UNESCO niemals genehmigt. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, dass die UNESCO-lose Zeit für Dresden ein Glücksfall gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Widerspruch des Abg. Karl Nolle, SPD)

Mich stören vor allem Ihre Zwischenrufe aus der Ferne – Herr Nolle, wenn Sie etwas zu sagen haben, können Sie ans Mikrofon kommen –, ansonsten sind es vor allem die Ratschläge Ihrer Parteifreunde, die ich aus der Ferne bekomme. Ich erinnere gern an den Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse, der am 07.04.2006 mit einem Zitat in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ gegläntzt hat. Ich habe mich als eingefleischter Dresdner gewundert und gefragt: Wo läuft der eigentlich?

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der NPD)

Er hat gesagt: „Ich gehe öfter zusammen mit meiner Frau spazieren auf dieser Elbseite, um den Blick zu genießen. Schließlich wohnt und studiert unsere Tochter in Dresden. Deshalb sind wir häufig da.“ – Für das Deutsch kann ich nichts, es ist ein Zitat. – „Natürlich war ich auch zu DDR-Zeiten öfter in Dresden. Da war natürlich dieser weltberühmte Anblick mit der Frauenkirche noch nicht vollständig. Dass der jetzt von einer Brücke verstellt werden soll, kann ich nachvollziehen.“

(Heiterkeit bei der FDP)

Wo läuft der? Wo? Wo?

(Heiterkeit bei der FDP)

Was wagt der Mann, sich über meine Heimatstadt ein Urteil zu bilden! Ich kann Ihnen sagen, wo der laufen muss, um zu sehen, wo die Silhouette verstellt ist. Das ist oben am Waldschlößchen, nicht an dem Pavillon, Herr Lichdi, sondern er muss dorthin gehen, wo ehemals die Kleingartensparten waren, zehn Meter den Hang hinunter. Wenn er dort schaut, dann ist die Frauenkirche verstellt, an keiner anderen Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Nun verstehen Sie vielleicht, warum mich das sehr skeptisch macht, wenn ich Ratschläge von außen bekomme, von Leuten aus der Ferne, die sich plötzlich als ganz große Dresden-Kenner hinstellen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Am besten, sie bleiben weg. Die werden immer von den großen Bussen hergebracht. Das ist ja falsch.)

Eine Frage möchte ich schon stellen, nämlich wie diese UNESCO eigentlich gearbeitet hat. Wir müssen uns als Dresdner von der UNESCO eine Menge Kritik gefallen lassen. An der Stelle kann man die UNESCO durchaus einmal hinterfragen. Einiges ist schon gesagt worden, das will ich überhaupt nicht wiederholen. Ich finde es hochinteressant, dass es im Rahmen der Entscheidung – weil Sie vorhin mit einem Gutachten kamen – auch ein anderes Gutachten gibt. Das ist eine Stellungnahme vom 19. Mai 2006 von sieben Professoren der Technischen Universität Dresden, die sich die Entscheidungsgrundlagen genau angesehen und beurteilt haben, auf welcher Basis die UNESCO ihre Entscheidung getroffen hat. Darin steht „eine Reihe von Unkorrektheiten aufgrund mangelnder Ortskenntnis und ungenügendem Recherchieren“ enthält dieses Gutachten.

Ein weiterer Auszug aus dieser Stellungnahme: „Der Gutachter weitet punktuelle Beeinträchtigungen (Blickbeziehungen) in unzulässiger Weise auf das gesamte Elbtal aus und kommt damit zu der keinesfalls objektiven Schlussfolgerung, dass der Bau der Brücke an dieser Stelle eine irreversible Schädigung der besonderen Qualität des Elbtals wäre.“ Das ist das Prinzip Thierse, der macht das ganz genauso. Wie sollen die Bürokraten der UNESCO saubere Entscheidungen treffen, meine Damen und Herren, wenn sie selbst nie vor Ort waren und die Gutachten, die eigentlich dieses Manko ausgleichen sollen, grob fehlerhaft sind? Die können niemals eine objektive Entscheidung treffen, meine Damen und Herren.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Lasst uns einen neuen Bürgerentscheid machen! – Widerspruch bei der NPD)

Lassen Sie mich zum Bürgerentscheid kommen. Es wurde vernachlässigt, vor allem von der Linken, darüber zu sprechen. Seit 1862 ist die Brücke in der Diskussion. Die Politik hat immer wieder versucht, eine Lösung zu finden. Die Politik hat es nie hinbekommen. Das muss man ehrlich sagen. Der Stadtrat in Dresden, in jeder Konstellation – Frau Ernst, das wissen Sie selbst – hat es nie hinbekommen, eine Entscheidung zu treffen. Am Ende hat die Politik die Notbremse gezogen, für mich eine sehr attraktive Notbremse, weil ich denke, dass man das Volk sehr häufig entscheiden lassen kann, und hat die Entscheidungsform gewählt, die uns allen am heiligsten sein sollte, über die wir überhaupt nicht sprechen, sondern die wir einfach akzeptieren sollten: Sie haben nämlich die Bürger entscheiden lassen, und die Bürger haben ein ganz klares Votum ausgesprochen. Dieses Votum, meine Damen und Herren, muss für jeden Politiker – ob im Stadtrat in Dresden, hier im Landtag, in Berlin oder in der UNESCO – absolut unantastbar sein.

(Beifall bei der FDP und der NPD)

Ich glaube, dass es einige meiner Kollegen auf der linken Seite mit Bürgerentscheiden nicht so ganz ernst nehmen, also, Bürgerentscheide sind gut, wenn sie meine Meinung widerspiegeln. Wenn ich aber Widerspruch ernte, gefällt mir plötzlich die direkte Bürgerbeteiligung überhaupt nicht mehr, dann ist das etwas ganz Schlimmes, dann trickse ich herum, bis ich zu einem Ergebnis komme, das mir passen könnte.

(Widerspruch bei der Linksfraktion.PDS –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Stimmt ja gar nicht!)

Dafür gibt es ein ganz klares Motto, welches ich in Dresden bei Ihnen von der PDS, bei der SPD und den GRÜNEN sehe, es heißt: „Was nicht passt, wird passend gemacht.“ Genau deshalb soll es einen neuen Bürgerentscheid geben. Im Übrigen glaube ich, die Bürger durchschauen das und wissen ganz genau, was sie wollen.

Ich möchte an dieser Stelle mit zwei Behauptungen aufräumen, die schlichtweg gelogen sind – die Nicht-Dresdner werden vielleicht interessiert sein, was es ist –, nämlich mit der Behauptung, dass die Dresdner damals über etwas ganz anderes abgestimmt haben. Ich halte es schon für bedenklich, wenn Sie die Dresdner für dumm verkaufen. Ich glaube, dass in dieser Stadt, in der jeder Giebel, der irgendwie verändert wird, in jeder Zeitung steht und in der am längsten über städtebauliche Aspekte diskutiert wird, was die ganzen Leserbriefspalten in jeder Dresdner Zeitung füllt, kein einzelner Dresdner diese Entscheidung leicht genommen hat.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Aber
damals ging es nicht um das Weltkulturerbe!)

– Moment! – Es gab überhaupt noch keine Entscheidung – ich kenne keine und weiß auch nicht, ob es deutschlandweit schon einmal eine solche Entscheidung gegeben hat –, die derart intensiv, transparent und vielfältig vorbereitet worden ist. Ich kann mich noch daran erinnern – Herr Lichdi, Sie werden mir Recht geben –, es gab zum Beispiel im Stadtrat eine Debatte, ob man ein Abstimmungsbüchlein nach dem Schweizer Vorbild an alle Dresdner Haushalte verteilt. Dies ist beschlossen worden, und es ist getan worden.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rohwer?

Holger Zastrow, FDP: Ja, sehr gern.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Der Wasserträger!)

Lars Rohwer, CDU: Herr Zastrow, können Sie bestätigen, dass in genau dieser Broschüre die Brückengegner spätestens an der zweiten oder dritten Stelle dargestellt haben, dass nach ihrer Meinung die Elbauen zerstört würden? Können Sie also bestätigen, dass die Dresdner mit Sicherheit über diese Vorwürfe informiert worden sind?

Holger Zastrow, FDP: Das klingt jetzt wie abgesprochen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wasserträger!)

– Es ist nicht abgesprochen, es steht hier als mein nächster Absatz auf dem Zettel. Ich kann es auch, wenn es allgemeines Interesse findet, vorlesen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Machen Sie es doch!)

– Ich sehe, es findet allgemeines Interesse. – Darin steht etwas, von dem ich sage, dass es eine Entscheidungshilfe war, weil sich darüber viele Dresdner Gedanken gemacht haben. Im Abstimmungsbuch der Brückengegner – wie gesagt, es war in allen Dresdner Haushalten – steht: „Liebe Dresdnerinnen und Dresdner! ... Vor allem werden Sie bestimmen, wie mit der einzigartigen Elbland-landschaft, die zum UNESCO-Kulturerbe gehört, umgegangen wird.“

(Tino Günther, FDP: Hört, hört! Aha!)

Ich muss ehrlich sagen: Selbst ich mit einem Fachabitur kapiere, was damit gemeint ist, und weiß auch, Herr Hahn, welche Konsequenzen mich treffen können.

Ich möchte noch ein zweites Schriftstück zitieren, das Flugblatt – ich glaube, es hieß „Koalition gegen die Waldschlößchenbrücke“ – Zitat –: „Die Waldschlößchenbrücke zerstört die Elbauen. Die Elbauen sind Teil einer einzigartigen Kulturlandschaft und stehen deshalb unter dem Schutz der UNESCO. Die Brücke zerschneidet die Elbauen an der breitesten Stelle. Sie zerstört und verlärmnt unwiederbringlich diese für Dresden charakteristische Landschaft.“

Die Konsequenzen dieser Entscheidung waren jedem Dresdner klar, ich brauche sie Ihnen nicht noch einmal zu nennen. Bitte akzeptieren Sie diese Entscheidung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt
bei der CDU und der NPD)

Vielleicht ist Ihnen ja aufgefallen, um noch ein wenig inhaltlich zu sprechen: Dresden ist nicht die Grube Messel. Kennen Sie sie? Der eine oder andere kennt sie, auch Weltkulturerbe, eines von 32. Dresden ist nicht das einzige Weltkulturerbe, welches wir in Deutschland haben. Die Grube Messel ist es zu Recht, weil man in der Grube Messel – sie liegt, glaube ich, bei Darmstadt – sehr eindrucksvoll die Entwicklungsgeschichte der Erde vor rund 49 Millionen Jahren nachvollziehen kann. Sie ist zu Recht Weltkulturerbe, ganz klar; aber wir sind nicht die Grube Messel. Dresden ist gerade erst zur dynamischsten deutschen Großstadt gewählt worden. Wir sind die Stadt, die – auf jeden Fall im Osten – am stärksten wächst. Wir haben sogar Bevölkerungszuwachs.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Die konservative Mehrheit!)

Wir haben als Dresdner – darauf bin ich ganz stolz – eine wirtschaftliche Entwicklung, die hoch interessant ist und uns vielleicht in wenigen Jahren an die Spitze dieses Landes bringen kann. Selbst die UNESCO hat Dresden – wenn wir uns erinnern – als einer sich weiter entwickelnden Kulturlandschaft mit absichtlich zugelassenen Veränderungen damals den Kulturerbestatus verliehen.

Wer die Verkehrssituation in Dresden kennt, weiß, wie oft die Stadt im Verkehr erstickt und dass wir genau diese Verbindung brauchen. Es gibt ein sehr praktisches Argument, das werden Sie auch wissen: Wir haben im Osten und Südosten Dresdens sehr viele Wohngebiete, in denen viele, viele Menschen wohnen, und wir haben inzwischen, wie es früher schon einmal war – vielleicht können Sie sich daran erinnern – Industriegelände und darüber hinaus die meisten Arbeitsplätze. Wenn ich will, dass die Menschen die Arbeitsplätze erreichen, gibt es die Lichdi-Methode: Sie sollen laufen oder mit dem Rad fahren.

(Zuruf von der NPD: Barfuß!)

Das können die Leute gern machen. Ich sage: Das muss man nicht machen, es gibt noch andere Lebensentwürfe. Für diejenigen, die den Individualverkehr nutzen, will ich eine Chance schaffen. Das ist einfach so, und deshalb brauchen wir die Brücke.

Wir brauchen sie noch aus einem anderen Grund, und dazu muss ich sagen – die Lösung erwarte ich im zweiten Teil der Debatte; sie wird mir bestimmt noch jemand präsentieren –: Was wird eigentlich, wenn das Blaue Wunder einmal gesperrt wird? Jeder, der in dieser Stadt aktiv ist, weiß, dass sie eine tickende Zeitbombe ist. Es wird immer mehr gesperrt, die Gewichtsbelastung immer weniger. Wir haben – das sagt jeder Fachmann – maximal zehn Jahre, dann muss sie quasi neu aufgebaut werden. Herr Iltgen wird es bestätigen können, es ist sein Wahlkreis. Uns steht eine riesige Baustelle ins Haus, die das Blaue Wunder für mehrere Monate – manche sagen sogar, für ein bis zwei Jahre – zumindest für den Autoverkehr völlig unpassierbar macht. Was dies für die dann östlichste Brücke der Stadt, die Albertbrücke, bedeutet, konnten Sie sehen, als beim diesjährigen Frühjahrshochwasser gesperrt war. Ich selbst wohne fast genau an der Brücke. Ich fahre jeden Tag darüber und behaupte, ich bin hier im Parlament der Meistbetroffene vom Brückenbau. Ich habe selbst die Abwägung treffen müssen und muss ganz ehrlich sagen: Die Lebensqualität, die ich habe, wenn ich hinten über die Bautzener Straße fahre, ist beschränkt; dann nehme ich die Brücke in Kauf, meine Damen und Herren.

Wenn vorhin beispielsweise von Frau Mattern gesagt wurde, was uns der Titel bringt – hören Sie mir doch zu, Sie haben es gleich geschafft! –:

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wir lösen das Problem nicht, wenn
wir nicht zuhören würden!)

Frau Mattern, wo, bitte schön, wirbt Dresden mit dem Titel „Weltkulturerbe“? Nennen Sie mir eine Stelle.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Wir selbst tun es überall!)

– Ach! – Wir haben in Dresden etwas geschafft, darauf bin ich ganz stolz; die Stadt ist verdammt schnell: Nach 16 Jahren haben wir es geschafft, dass wir die Schilder in mehreren Sprachen bekommen haben – sehr schön. Sehen Sie darauf etwas von Weltkulturerbe? Nichts. Wenn Sie nach Dresden hineinfahren, gibt es ganz tolle elektronische Anzeigen. Wer auch immer sich diese ausgedacht hat, sie werden teuer gewesen sein. Was steht darauf? Nicht sinnvollerweise „Willkommen im Weltkulturerbe!“, sondern „Flüssiger Verkehr Richtung Stadtzentrum“.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich verstehe ein wenig vom Tourismus-Marketing, da ich in diesem Bereich tätig bin. Ich bin bei der DWT mit allem, was dazugehört. Wenn diese Stadt eines nie machen wird, dann ist es, diesen Titel offensiv zu verkaufen. Wenn man ihn hat, müsste man es richtigerweise tun. Warum tut man es nicht? Weil die Stadt dafür überhaupt kein Geld hat.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Aber für die Brücke!)

Die Stadt macht etwas in ihrem Stadtmarketing völlig richtig, das Prinzip heißt: Stärken stärken. Wir haben die Frauenkirche seit Kurzem wieder aufgebaut und wir haben ab dem 15.09. das Grüne Gewölbe. Das sind unsere Trümpfe, auf diese müssen wir uns konzentrieren. Die Stadt wird mit diesen Trümpfen Touristen in die Stadt holen. Ich finde, das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP –
Uwe Leichsenring, NPD: Stadion!)

Lars Rohwer hat vorhin bereits Herrn Goller von der Tourismus-Marketing-Gesellschaft zitiert. Ich kann dem Mann nur Recht geben, er hat es völlig richtig gesagt. Es wird für die Stadt nicht relevant mehr Touristen bringen. Dieser Titel ist für uns strategisch nicht verwendbar. Er wäre nett, das möchte ich ganz klar sagen – ich finde ihn auch nett –, aber er ist effektiv für uns kaum strategisch einsetzbar, und wir müssen auch sagen: Er bringt angesichts der 830 Weltkulturerbestätten weltweit der Stadt auch nicht das Renommee, das sich der eine oder andere vielleicht wünscht. Er bringt der Stadt kein Geld, sondern kostet die Stadt Geld. Zuletzt haben wir im Dresdner Stadtrat beschlossen, das Weltkulturerbebüro im Lingnerschloss unterzubringen, das waren mal eben 90 000 Euro – auch nicht ganz schlecht.

Wir haben sogar zugestimmt, weil ich es als Subvention für das schöne Lingnerschloss gesehen habe. Für das Büro wäre es sicherlich nicht sinnvoll gewesen, meine Damen und Herren.

Ich glaube, dass man darüber nachdenken muss, ob das wirklich die richtige Entscheidung gewesen ist. Aus dem, was die GRÜNEN gerade praktiziert haben, weiß ich, was

uns in Dresden ins Haus steht. Schauen Sie sich bitte einmal die Karte an, was alles zum Weltkulturerbe zählt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Es ist fast schon eine Schande, wenn man dabei ist!)

Zum Beispiel die Leipziger Straße in Richtung Ufer, nicht gerade der schönste Ort in Dresden. Das sieht von hier niemand: zweite, dritte Reihe – Weltkulturerbe. Auch die Bautzener Straße hinten bei mir: zweite, dritte Reihe – Weltkulturerbe. Wenn irgendeinem in Dresden demnächst irgendein Bauprojekt nicht passt, dann winke ich und gehe fix zur UNESCO. Das ist das, was uns das Weltkulturerbe bringt, meine Damen und Herren. Das haben die damaligen Stadträte – ich war damals noch nicht im Stadtrat – sicherlich nicht im Blick gehabt. Deswegen muss man darüber nachdenken, diese Entscheidung gegebenenfalls auch zu revidieren, meine Damen und Herren.

Der Eingriff der UNESCO geht zu weit. Er zeugt aus meiner Sicht von regionaler Unkenntnis.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Meine Güte!)

Er ignoriert die Entwicklungschancen der Stadt und pfeift auf den Willen der Bürger.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Bitte hören Sie auf!)

Das kann und darf sich eine selbstbewusste Stadt nicht gefallen lassen. Wenn Dresden sich wehrt, wird der Imageschaden – das meine ich ganz ehrlich, weil sich endlich einmal jemand wehren würde, denn fragen Sie einmal in Köln oder in anderen Städten – unter Umständen auf die UNESCO selbst zurückfallen.

Die Brücke muss gebaut werden und wenn es nicht anders geht, geben wir den Welterbetitel freundlich zurück und werden, was ich schon zu Beginn gesagt habe – Görlitz hat damit gute Erfahrungen, der Fußball dritte Deutschland hat damit auch gute Erfahrungen –, Weltkulturerbe der Herzen sein – für alle Zeiten.

Danke.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die erste Runde wird beendet mit dem Beitrag des fraktionslosen Abg. Schmidt.

Mirko Schmidt, fraktionslos: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Welterbe oder Waldschlößchenbrücke – das ist hier die Frage. Als hätten wir an einem so schönen Tag nichts anderes zu tun.

(Holger Apfel, NPD: Dann geh doch nach Hause! – Jürgen Gansel, NPD: Du kannst auch in deinen Weinberg gehen!)

In der Kulturausgabe der „Sächsischen Zeitung“ vom 18. Juli haben sich unter „Pro & Kontra“ die Herren Karl-

Siegbert Rehberg und Hans-Joachim Brauns eigentlich schon genügend mitgeteilt. Gerade Herr Rehberg, Soziologie-Professor an der TU Dresden, hat Recht, wenn er sagt, dass eine Flussstadt Brücken braucht. Er meint weiter, dass das Fatale, das Störende der Standort sei.

Wie die Computersimulation der geplanten Brücke in einer der letzten „SZ“-Ausgaben zeigt, fügt sich meiner Meinung nach der moderne Stil der Brücke recht gut in das Gesamtbild ein. Daher verstehe ich die allgemeine Aufregung überhaupt nicht.

Dresden ist doch nicht die erste Stadt, in welcher Altes mit Modernem in Einklang gebracht wird. Meistens liegt es doch in der Natur des Menschen, dass alles Neue erst einmal auf Ablehnung stößt. Würde sich die Brücke bereits ein Jahr an diesem Standort befinden, würde man sich schon an sie und an das gesamte Ensemble gewöhnt haben. Die Elbtalbrücke in Meißen ist auch kein störendes Bauobjekt, blickt man von der Altstadtbrücke zu Burg und Dom. Wie weit sind wir doch von der in Deutschland hoch gepriesenen Demokratie entfernt, wenn Bürgerstimmen durch willkürliche Entscheidungen ignoriert werden.

Für mich sind die Stimmen und Meinungen der Mehrheit der Bürger unserer Landeshauptstadt entscheidender als Einzelmeinungen aus der UNESCO. Wichtig ist für die Landeshauptstadt, den zunehmenden Straßenverkehr fließend zu führen.

Der Titel der UNESCO löst die Verkehrsprobleme in Dresden nicht, aber das Leben dieser Stadt muss weitergehen – aus meiner Sicht auch ohne UNESCO-Titel. Die neue Brücke wird nicht Anstoß dafür sein, dass weniger Touristen in diese Stadt kommen werden. Sie wird nicht Anstoß dafür sein, dass all die vielen Kulturdenkmäler und Kulturschätze durch sie im Wert gemindert werden.

Ich appelliere an den Stadtrat von Dresden – es sitzen nicht wenige Mitglieder davon im Saal –: Bauen Sie endlich die Brücke. Was diese Brücke bereits an Planungskosten verschlungen hat, dafür haben wir in Meißen bereits zwei Brücken gebaut.

Für meine Person lehne ich die Anträge der PDS und der GRÜNEN ab.

Danke.

(Beifall des Abg. Uwe Leichsenring, NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Es liegen jede Menge Wortmeldungen vor. Ich gehe in der Reihenfolge vor, wie wir begonnen haben. Die GRÜNEN möchten noch einmal sprechen.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Rohwer, wenn Sie sich hier hinstellen und vollmundig sagen „Wir sind das Volk!“ in Anlehnung an ein Zitat, an einen ehemaligen Ministerpräsidenten, dann kommt das nicht ganz so rüber, sondern es ist ein wenig Pluralis Majestatis, denn es hat niemand bei Ihnen geklatscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, mit dem Vergaberecht könne man nicht so beliebig umgehen. Warum hat die Stadt Dresden dann zugelassen, dass im Antrag an die UNESCO ein falscher Standort der Brücke stand? Sie wissen ganz genau, dass es ein Schreiben an das Auswärtige Amt gegeben hat, das an die Stadt weitergeleitet worden ist, in dem dieser Fehler moniert und deutlich gemacht wurde, dass die UNESCO nicht ausreichend über den Standort der Brücke informiert war, als der Antrag angenommen worden ist.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Hört, hört!)

Das ist aktenkundig. Deshalb kann man hier so etwas nicht einfach herumerzählen.

(Beifall bei den GRÜNEN
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

Dann haben Sie sich auch noch aufgeschwungen und gesagt, Dresden hätte ja ein Vierteljahr mit dem Baubeginn gewartet und ganz respektvoll nach Vilnius geblickt. Wissen Sie, was die in Vilnius gemerkt haben? Die haben die Baggermotoren tuckern hören, weil sie heute eine Entscheidung zur Bauvergabe treffen wollten. Das haben die in Vilnius gehört. Da fühlten sie sich natürlich provoziert. Erst steht in der Anmeldung fünf Kilometer flussabwärts statt zwei Kilometer flussaufwärts. Das kann man nicht verwechseln. Wer Deutsch und Englisch kann, der weiß, dass die Zwei auch eine Zwei im Englischen ist. Da kann man keine Schreibfehler beim Übersetzen machen. Das heißt also, Sie haben erst im Antrag gemogelt und dann haben Sie auch noch die Baggermotoren am Elbbauortstandort laufen lassen. Glauben Sie, dass die in Vilnius so dumm sind, das nicht zu begreifen? Ich muss doch sehr bitten!

(Beifall bei den GRÜNEN
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

An diesen Diskussionsbeiträgen merkt man eigentlich – gerade auch von Ihnen, Herr Zastrow, Sie haben hier eine Stadtratsdebatte geführt; ich weiß gar nicht, was das mit der Sache zu tun hat –, wie wenig Sie in der Lage sind, über den Tellerrand zu blicken. Genau das wäre jetzt aber nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Dabei will ich auch keine Ablenkungsmanöver hören. Wissen Sie, die GRÜNEN waren nicht in Paris, kein Einziger von uns. Die Macht hätten wir vielleicht gern, aber wir haben sie wirklich nicht. Das waren lokalpolitische Obelixe von der Stadtverwaltung,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

aber die haben leider den klugen Asterix zu Hause gelassen, und das kam dabei heraus: Eine Persiflage eines sonst doch ganz tapferen gallischen Dorfes.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS
und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie hier wirklich den Popanz aufbauen wollen und sagen, die Dresdner GRÜNEN hätten auf internationale Entscheidungsgremien einen derartigen Einfluss, dann ist das zwar albern, aber erkennbar: die Suche nach dem schwarzen Peter. Sie merken, dass Sie mit dem Rücken zur Wand stehen. Das ist Ihnen klar. Sie wollen es versuchsweise noch einmal dummdreist aussitzen. Das wird wahrscheinlich nicht klappen, also schauen Sie schon einmal, wen Sie dafür verantwortlich machen können: Es sind wieder einmal die armen GRÜNEN dran.

Machen Sie nur den Bürgerentscheid. Ihn wie eine Monstranz vor sich herzutragen und religiös zu beschwören, führt natürlich nicht dazu, dass Sie auf die Frage nicht antworten können. Machen Sie bei dem neuen Bürgerentscheid mit, oder haben Sie Angst davor, dass er dieses Mal anders ausfallen könnte? Herr Zastrow, Sie haben gemeint, die Bürger wüssten genau, was sie wollten. Mich haben viele angesprochen, die gesagt haben: Ich habe damals für die Brücke gestimmt. Hätte ich gewusst, dass wir den Welterbetitel verlieren, hätte ich es nicht getan.

(Beifall bei den GRÜNEN, der
Linksfraktion.PDS und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Weckesser ist für die Linksfraktion.PDS gemeldet.

Ronald Weckesser, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Hermenau, Sie haben bei Ihrem ersten Redebeitrag im Grunde genommen nur auf das Welterbe abgestellt.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Natürlich!)

Das ist völlig richtig. Das Problem ist allerdings: Nachdem, was wir hier bisher schon miteinander erlebt haben – und das wird noch weitergehen –, sage ich einmal, was ich vermute: Es geht doch um die Brücke, und zwar nur um die Brücke.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
So ist es nämlich!)

Ich sage das deshalb, weil ich darauf zurückkommen will. Bei der Aufgeregtheit und dieser Verbissenheit, die jetzt stattfindet und morgen in Dresden ihren Höhepunkt finden wird – da bin ich ziemlich sicher –, muss ich doch sagen, dass wir hier im Grunde genommen nichts zu entscheiden haben. Wir haben zwei Anträge, die mehr oder weniger begehren, dass zum einen die Regierung ein wenig moderierend eingreifen soll und zum anderen meine Fraktion zusätzliche Aufklärung unter den neuen Bedingungen fordert. Es ist sozusagen nicht die Entscheidung in der Sache. Es ist nicht das, worum es uns geht.

Ich will versuchen, aus meiner Sicht die Grundpositionen zu sortieren. Es gibt Menschen, die wollen diese Brücke, an diesem Standort, mit allen absehbaren und nicht

absehbaren Folgen und um jeden Preis. Punkt. Das ist völlig in Ordnung.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wie Herr Rohwer!)

– Ich habe keine Namen genannt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Aber wir!)

Es gibt Menschen, die bekämpfen diese Brücke, und jede andere, mit allen Mitteln und um jeden Preis. Punkt.

Es gibt Menschen, die wollen diese Brücke, an diesem Standort, mit den dort zu erwartenden Folgen um keinen Preis.

Möglicherweise kann man noch weitere Standpunkte ausmachen, aber das ist für mich nicht so wichtig, weil ich alle Standpunkte für legitim halte. Ich weiß, dass es für alle Standpunkte Begründungen gibt. Ich will nur eines sagen: Diese Brücke funktioniert richtig gut in einem bestimmten verkehrspolitischen Denken.

Wenn man zentralisieren will, wenn man beschleunigen will, wenn man bündeln will, dann muss man so eine Brücke bauen und keine andere. Das ist völlig korrekt. Damit habe ich kein Problem. Ich halte nur eine solche Verkehrsphilosophie für falsch.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Deshalb muss ich konsequenterweise diese Brücke an diesem Standort ablehnen, weil sie das leisten würde. Da ich diese Leistung befürchte und sie verhindern will, muss ich gegen diese Brücke sein. Ich halte auch das für korrekt. Wir reden also eigentlich über Verkehrspolitik.

Das ist aber alles allgemein bekannt.

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt. Auch das ist schon lange bekannt; ich bin nicht der Erste, der darüber nachdenkt: Seit 120 Jahren wird darüber nachgedacht und in Intervallen immer wieder das Thema aufgeworfen. Manche sagen dann: Ja, unsere klugen Vorfäter haben sozusagen in ihrer Weisheit geahnt, was wir 120 Jahre später für ein Problem des massenmobilisierten Verkehrs haben. Sie haben deshalb diesen Standort freigehalten.

Ich sage: Sie konnten nicht ahnen, dass es diesen Massenmobilismus geben wird. Von daher ist diese Argumentation einfach schief. Aber sie wird gemacht. Sie kommt gut an. Sie lässt sich prima vermitteln.

Was ich sagen will: In diesen 120 Jahren ist unter fünf verschiedenen politischen Systemen wiederholt Anlauf genommen worden. Es hat nie geklappt. Sie ist nicht gebaut worden. Wenn ich schon von Respekt rede, dann sage ich: Respekt vor diesen 120 Jahren führt mich dazu, da steckt Weisheit drin, von der wir sehr viel lernen können.

(Beifall des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Ich möchte im Sinne der Kontinuität dieser Weisheit mich beteiligen.

Das Argument mit diesem Bürgerentscheid. Selbstverständlich, natürlich, bin auch ich für Bürgerentscheid. Ich habe das oft genug gemacht, welche gefördert und welche bekämpft. Das haben wir in Dresden sehr oft. Ich muss das für die Nicht-Dresdner sagen. Wir haben darin große Praxis. Mal verliert man, mal gewinnt man. Das ist auch kein Problem, das gehört zum Leben.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Mein Problem mit diesem Bürgerentscheid ist: Der Bürgerentscheid wurde über viele Jahre vorbereitet. Er wurde – ich sage es einmal in meiner alten Sprache – „ideologisch“ vorbereitet. Den Leuten wurde ganz lange und ganz systematisch und von richtig wichtigen Persönlichkeiten dieses Freistaates immer wieder gesagt: „Die oder keine!“ Dresden kann Brücken bauen, so viel es will. Ich zitiere jetzt fast wörtlich den Ex-Minister Schommer: Ihr könnt bauen, was ihr wollt, aber bezahlen müsst ihr selbst. Dagegen, wenn ihr die baut, die bezahlen wir euch.

Das ist wirklich über viele Jahre in Dresden kolportiert worden. Da sage ich einmal, wenn man dann zum Schluss erklärt, wir machen jetzt einen Bürgerentscheid – – Und ich betone: Den Bürgerentscheid hat ja nicht die Politik eingeleitet, nicht der Stadtrat hat beschlossen, wir wollen einen Bürgerentscheid, sondern ein Stadtrat, der für sich die Chance gesehen hat, seinen Landtagswahlkampf damit voranzubringen.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Richtig!)

Er hat ja auch Erfolg gehabt. Er sitzt mittlerweile im Bundestag. Der hat gesagt, wir müssen den Bürgerentscheid machen, und zwar mit Bürgerinitiative. Das hat stattgefunden. Das alles stand unter der Prämisse: für diese Brücke, weil es eine andere nicht geben wird.

Da sage ich einmal: Wie viel Freiwilligkeit, wie viel Selbstbestimmung und wie viel Intelligenz verbleiben, wenn die Dresdner Bevölkerung dann erklärt: Wir haben es nach 15 Jahren satt, sollen die endlich die Brücke bauen, und wenn es die falsche ist?! Das ist noch besser als gar keine.

In dieser Situation hat der Bürgerentscheid stattgefunden. Er ging erwartungsgemäß aus. Es wird sich gelegentlich auf Prof. Donsbach berufen, der immer so schlaue Umfragen macht. Prof. Donsbach hat vor längerer Zeit schon einmal eine Umfrage gemacht, die sagte: die Brücke oder keine. Das ging erwartungsgemäß mit zwei Dritteln für die Brücke aus.

Zum gleichen Zeitpunkt fand in Dresden eine zweite Befragung statt von Frau Dr. Ganz. Die fragte damals: Wollen Sie lieber diese oder eine Alternative? Die ging ganz klar mit zwei Dritteln zugunsten der Alternative aus. Da das nicht passte, wurde es einfach nicht gemacht. Die Alternative hieß damals Mehrbrückenkonzept. Das steht heute nicht zur Debatte. Wenn Sie es wollen, kann ich es Ihnen gern einmal erklären. Aber das ist heute nicht das

Thema. Wir reden heute nicht über die Brücke, auch nicht über das Mehrbrückenkonzept, sondern über das Weiterbe. Ist das richtig?

Also zurück zur Brücke.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir haben scheinbar ein neues Thema auf dem Tisch. Ich sage Ihnen, wir haben diese Debatte, die nicht ausgestanden wurde, einfach auf eine neue Ebene transformiert, umbenannt. Es wird mit nahezu den gleichen Kohorten, mit den gleichen politischen Kräften, in fast der gleichen Konstellation die gleiche Debatte geführt anhand des anderen Themas. Das ist die neue Qualität.

Doch jetzt hat diese UNESCO-Entscheidung tatsächlich etwas gebracht. Ich nenne nur ein Beispiel, was für mich wirklich beeindruckend war. Der Herr Güttler, von dem ich nicht gerade ein großer Fan bin und der sicher nicht im Verdacht steht, irgendwie PDS-nah oder GRÜNE-nah zu sein, hat sich für die Brücke stark gemacht. Er sagt jetzt: Unter den neuen Bedingungen würde ich mir das gern noch einmal überlegen können.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
„Wäre ich dagegen“, hat er gesagt!)

Da sage ich einmal: Hm.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Er ist ja auch ein Künstler!)

Doch ich hätte gern gehabt, dass dieser Streit anhand des Themas Brücke geführt wird, und zwar verkehrspolitisch, und anhand der Zahlen und Fakten. Ich sage Ihnen auch eines; ich war ja die ganze Zeit dabei: Ich habe in diesem merkwürdigen Gremium gesessen, das als Brücken-Workshop bezeichnet wurde. Ich habe miterlebt, wie dort gelogen wurde. Von Anfang an wurde zu jedem Gutachten ein Gegengutachten produziert. Ich bin heute nicht mehr in der Lage, wenn ich ein Gutachten sehe, zu sagen: Hm, das klingt ganz gut, aber jetzt warte ich erst einmal eine Woche, bis das Gegengutachten da ist. Und es kommt, es kommt immer.

(Heiterkeit bei der NPD)

Da macht die eine Seite die Visualisierung, ja, in Aachen. Das habe ich mir angesehen und war auch beeindruckt. Schwuppdwupp weisen sechs Professoren der TU, auch prominente Leute, nicht irgendwer, nach, was da für Fehler drin sind. Für mich ist spannend, dass ich mitbekommen habe: Es gibt keine Arbeit, die sich damit beschäftigt, in der keine Fehler sind.

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Da bin ich zum Schluss auf meine eigene Intelligenz zurückgeworfen, auf meine Vorbildung, auf meine Vorlieben selbstverständlich auch. Damit bin ich wieder beim Ausgangspunkt: Ich will diese Verkehrspolitik nicht, deshalb muss ich konsequent sein. Das wird sich morgen wahrscheinlich auch auswirken.

Die finanziellen Fragen, die ästhetischen Fragen, ich denke, die können wir alle stecken lassen. Ich habe heute mit Vergnügen wieder die ganzen Argumente und Gegenargumente gehört, sozusagen die punktuellen Verlogenheiten, mit denen man aufdeckt, was jemand anders dort gemacht hat. Ich sage Ihnen: Lassen Sie es bleiben, das machen alle wechselseitig. Das überzeugt mich nicht mehr und ich glaube, es überzeugt auch die Bevölkerung nicht.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Dann lassen wir es!)

Die eigentliche Lage ist aber die: Wir haben eine neue Situation. Das spüren alle, sonst wäre heute die Aufregung nicht so groß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus dieser Situation kommen wir nur mit einem Weg heraus: Wir müssen die Bürger noch einmal befragen, aus Respekt vor den Bürgern.

Wir müssen ihnen sagen: Sie wissen jetzt wahrscheinlich mehr. Wenn Sie wieder so entscheiden, dann ist es das.

Was mir noch ganz wichtig ist, um den Bogen zu schließen: Wenn diese Brücke denn gebaut wird, abgesehen davon, ob sie schön oder hässlich ist, dass sie viel Geld kostet, wissen wir alle. Das hat Gründe. Darüber will ich jetzt auch nicht reden. Aber ich sage eines: Diese Brücke zieht Verkehr, bündelt Verkehr anders, als er jetzt gebündelt ist. Es werden sich die Hauptverkehrsströme in Dresden ändern. Das hat Folgen. Das heißt, die Stadtentwicklung wird in der Folge davon anders verlaufen, als sie jetzt verläuft. Da bin ich bei dem Punkt: Das ist der Eingriff in die gewachsene historische Substanz, in die Stadtstruktur von Dresden. Das ist das, wo ich verstehe, was gemeint ist, beim Welterbe, nicht diese ewig dehnbaren und immer wieder neu interpretierbaren Zahlen. An die glaube ich nicht mehr.

Noch zwei Sätze zu Vorrednern. Herr Zastrow: Nicht die Politik hat die Notbremse gezogen, habe ich schon gesagt. Jetzt füge ich die zweite Hälfte des Satzes an: Es hat eine Mehrheit in Dresden gegeben, die in einer Wahlperiode den Brückenbeschluss gefasst hat. Das war 1995/96. Dann war sie nicht in der Lage, das umzusetzen, eine ganze Wahlperiode lang nicht.

Dann hat es eine neue Mehrheit gegeben, die war richtig konservativ: FDP und CDU. Die hat fünf Jahre lang einen Oberbürgermeister gehabt, der die Brücke wollte.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Sie hat alle Dezernenten gestellt, die die Brücke wollten. Sie hat eine richtig stabile Mehrheit in Dresden gehabt. Nach diesen fast zehn Jahren steht die Brücke immer noch nicht.

Dann hat diese Mehrheit keinen anderen Ausweg mehr gewusst, als sozusagen mit verlogenen, erpresserischen Mitteln einen Bürgerentscheid zu gewinnen und jetzt zu sagen: Das ist der Status quo. Ich sage: Das ist er nicht. Er kann es bleiben, aber das möchte ich erst einmal wissen.

Ich sage nur: Wer fünf Jahre lang nicht in der Lage ist, so etwas umzusetzen, der soll auch die Finger davon lassen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und der Abg. Martin Dulig, SPD, und Antje Hermenau, GRÜNE)

Das Allerletzte. Herr Apfel, es tut mir Leid. Irgendwie musste es ja kommen mit den 4 %; es ist zu verlockend. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn man sich mit Umfragen und dergleichen beschäftigt, dann weiß man, dass 6 %, wenn man die Fehlerquote solcher Umfragen berücksichtigt, nicht mehr als 4 % sind.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS – Uwe Leichsenring, NPD: Aber die Tendenz macht es, Herr Weckesser!)

– Die Tendenz,

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Die Tendenz geht nach unten!)

das werden wir bei den nächsten Wahlen sehen.

Herr Prof. Biedenkopf hat immer gesagt: Es kommt nicht darauf an, Umfragen zu gewinnen, sondern Wahlen zu gewinnen. – Dabei sollten wir bleiben.

(Uwe Leichsenring, NPD: Recht hat er!)

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Rohwer, Sie wären jetzt sowieso an der Reihe. Sie ergreifen das Wort.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe noch 128 Minuten Zeit, ich könnte also noch sehr lange reden. Aber ich kann Sie beruhigen, ich werde nicht so lange sprechen. Aber die Wortmeldung von Herrn Weckesser hat mich schon noch einmal herausgefordert. Das gebe ich ehrlich zu. Man muss ein paar Dinge klarstellen. Auch das, was Frau Hermenau gesagt hat.

Herr Weckesser, Sie haben eines in Ihrer Reihe vergessen: Es hat vor dem Bürgerentscheid zwischendurch noch eine Stadtratswahl gegeben. Dann hat es eine neue Mehrheit im Stadtrat gegeben, das ist korrekt.

(Zuruf von der Linksfraktion.PDS: Gott sei Dank!)

Diese neue Mehrheit hat gesagt: Wir wollen die Brücke nicht bauen. – Erst das war die Grundlage, einen Bürgerentscheid durchführen zu können,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

denn der Bürgerentscheid steht in der Verfassung und in der Sächsischen Gemeindeordnung genau deshalb – und deswegen haben wir es auch damals in der 1. Legislaturperiode in die Verfassung geschrieben –, weil wir verhindern wollten, dass, wie es zu DDR-Zeiten schon einmal

gewesen ist, gegen den Mehrheitswillen der Bürger in einer politischen Entscheidungskörperschaft entschieden werden kann. Damit eben die Bürger nicht warten müssen, bis wieder vier Jahre ins Land gehen und die nächste Wahl stattfindet, sondern damit sie in der Zwischenzeit entscheiden können.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Deswegen hat es den Bürgerentscheid gegeben. Aber jetzt einen Bürgerentscheid nach dem anderen durchzuführen, bis das Ergebnis der einen oder anderen Seite gefällt, dazu sagen die Bürger eindeutig: Ihr seid ja völlig verrückt.

(Zuruf der Abg. Dr. Monika Runge,
Linksfraktion.PDS)

Wenn wir die Wahlbeteiligung nicht weiter senken wollen, dann sollten wir uns vor weiteren Bürgerentscheiden in dieser Sache hüten.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

– Also, Frau Hermenau, so lange abstimmen, bis das Ergebnis stimmt, das geht nicht.

Das Zweite ist: Ich hatte den Eindruck, dass Sie so tun, als ob überhaupt kein rechtsstaatliches Verfahren die Brücke in diesen Status gebracht hat, dass nämlich ein festgestellter Planfeststellungsbeschluss vorhanden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn,
Linksfraktion.PDS)

Da hat es unwahrscheinlich viele Einspruchsrechte gegeben, da hat es viele Mitwirkungsmöglichkeiten im demokratischen Verfahren gegeben. Wir leben ja in Deutschland in einem demokratischen Rechtsstaat. Ich glaube, darüber sind wir uns schon noch einig. Die NPD stimmt dieser Einschätzung natürlich nicht zu, aber ansonsten sind wir uns im Hohen Hause sicher einig. Insofern ist das Verfahren, das hier vollzogen wurde, bis wir diese Brücke durch hatten, von vorn bis hinten rechtsstaatlich und demokratisch.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Das Nächste, das ich ansprechen wollte. Es ist gerade der Eindruck erweckt worden, als ob man sich irgendeinen Entwurf genommen und gesagt hätte: Das ist die Brücke und die bauen wir jetzt. – Das stimmt nicht. Es hat einen internationalen Realisierungswettbewerb gegeben, der über das Brückenbauprojekt entschieden hat. In diesem Realisierungswettbewerb hat eine internationale Jury getagt, die durch den Stadtrat eingesetzt worden ist und die entsprechend unabhängig war. Diese Jury hat die Entwürfe, die eingereicht wurden, gebilligt und für gut befunden. Den Vorsitz hatte kein Geringerer als Prof. Volkwin Marg aus Hamburg, der in diesem Jahr den Preis für Baukultur des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine bekommen hat, also nicht irgendjemand.

Den Zuschlag hat durch diese Jury ein über die Landesgrenzen hinaus anerkanntes Architekturbüro bekommen. In der Begründung zur Entscheidung für diesen Brückentwurf steht, dass die besondere Stadtbildverträglichkeit der Grund war, diesen Entwurf auszuwählen. Warum die besondere Stadtbildverträglichkeit? – Natürlich wissen wir, dass wir uns an einer sensiblen Stelle des Elbtals befinden. Genau deswegen können wir dort keinen Hingucker bauen, wie eine Golden Gate Bridge oder eine große Teleskopbrücke, bei der die Fahrbahn mit Schrägseilen gehalten wird. Vielmehr geht es darum, eine möglichst flache Elbquerung zu bekommen, um diese Blickbeziehung so wenig wie möglich zu tangieren. Natürlich nicht, wenn ich unmittelbar neben dem Pfeiler stehe, das ist klar. Dann steht der Pfeiler vor mir. Aber sobald ich mich etwas höher bewege, beispielsweise an diesem berühmten Pavillon an der Bautzener Straße, sind die Blickbeziehungen in keiner Weise beeinträchtigt!

Das konnte man sich mittlerweile auch im Visualisierungsgutachten anschauen. Herr Weckesser, Sie haben es noch einmal gesagt: Auch die Stadt, das städtische Vermessungsamt, hat ein Gutachten erstellt. Man kann sich virtuell an all die Stellen fahren lassen und dann ist das alles in 3-D-Simulation – das geht heutzutage mit der modernen Computertechnik – anzuschauen.

Es ist also in keiner Weise der Fall, dass hier etwas undemokratisch über die Bürger hinweggerollt ist oder dass sie nicht Bescheid gewusst hätten. Es ist lange diskutiert worden und erst dann ist entschieden worden – durch die Dresdner Bevölkerung.

Diese Brücke wird am Waldschlößchen gebaut werden und wir werden sie dort brauchen. Wir brauchen sie, um langfristig das Blaue Wunder zu entlasten, welches bekanntlich auch Teil des Welterbes und daher schützenswert ist. Sie wird gebraucht, um Verkehr um und nicht durch die Dresdner Innenstadt zu leiten.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

So ist sie bereits Bestandteil des Verkehrskonzeptes der Stadt Dresden und in bereits vorhandene Verkehrsbeziehungen eingeplant. Das hatte ich vorhin schon einmal kurz ausgeführt. Aber ich hatte den Eindruck, dass es vielleicht nicht mehr jedem präsent war, deswegen wollte ich es noch einmal wiederholen.

Die Brücke ist Ergebnis dieses Architekturwettbewerbs und die Brücke ist eine normale Weiterentwicklung eines städtischen Landschaftsraums und keine Gefährdung. An jedem Fluss sind Brücken notwendig, sonst haben die Menschen ein Problem. Stellen Sie sich einmal vor, der Titel „Weltkulturerbe“ wäre dem Oberen Elbtal im Jahr 1800 verliehen worden. Wir hätten heute in Dresden nur eine einzige Brücke, nämlich die Augustusbrücke.

Ein anderes Beispiel hat Herr Zastrow schon angesprochen: die Frage, wie es beim Hochwasser im Jahr 2002 und vor allen Dingen in diesem Jahr im Frühjahr gewesen ist. Ich fand es übrigens sehr interessant,

dass es Herr Thierse geschafft hat, sein Interview genau an dem Tag zu veröffentlichen, an dem nach dem diesjährigen Frühjahrshochwasser die Dresdner endlich wieder ohne Stau fahren konnten, denn bis dahin war das Blaue Wunder gesperrt. Da hatte er ein ordentliches Timing. Dann wusste endlich jeder, dass er nicht wusste, wovon er sprach.

(Zurufe der Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS, und
Antje Hermenau, GRÜNE)

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen: die Frage, ob wir nicht noch einmal neue Varianten aufstellen könnten. Ich glaube, das Misstrauen, diesen Weg zu beschreiten, kommt daher, dass diejenigen, die sagen, man könnte das tun – Frau Hermenau hat es heute wieder angesprochen, andere auch –, nicht hinzufügen, was am Ende die Konsequenz ist: Wir fangen wieder an, mindestens drei Jahre herumzuarbeiten. Wenn wir ein Komma im Planfeststellungsbeschluss verändern, dauert es wieder mindestens drei Jahre. Das ist die Realität.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Und genau das sagen Sie den Dresdnern nicht. Auch wenn Sie zum Beispiel über eine Tunnellösung diskutieren,

(Zuruf der Abg. Dr. Monika Runge,
Linksfraktion.PDS)

werden Sie damit überhaupt keine Verkehrsentlastung für die Bautzener Straße erreichen – das ist nämlich der Grund, weshalb die Brücke an dieser Stelle im Verkehrskonzept enthalten ist: die Bautzener Straße zu entlasten –, denn der Tunnel kommt hinter dem Regierungspräsidium und vor der Königsbrücker Straße heraus.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Wenn er wirklich schneller ist, werden die Bürger ihn wählen!)

– Das sagen Sie so einfach. Aber es gibt überhaupt keine Verkehrsentlastung und die Menschen, die auf der Bautzener Straße jetzt oft im Stau stehen, werden das dann weiterhin tun.

Insofern hören Sie einfach auf, diese Varianten zu diskutieren. Wir haben einen Planfeststellungsbeschluss, der auch vor allen Instanzen beklagt worden ist. Alle Klagen sind abgewiesen worden. Wir haben sofortiges Baurecht und wir können – das ist das Entscheidende – nicht einfach immer wieder einen neuen Bürgerentscheid durchführen. Es gibt einen Bürgerentscheid, der gilt und den es umzusetzen gilt – auch im Vertrauen und im Respekt vor den Dresdnerinnen und Dresdnern, die eine Entscheidung getroffen haben.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gibt es seitens der Fraktionen noch allgemeinen Aussprachebedarf? – Dann kommen wir zu den Schlussworten und beginnen mit den GRÜNEN.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Der Minister!)

– Entschuldigung, ja. Sorry. – Natürlich, Herr Staatsminister.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen haben sich viele Politiker, Bürger, Wissenschaftler und Medien zur Entscheidung des Welterbekomitees geäußert. Wir haben heute Abend hier im Landtag eine Generalprobe für die Stadtratssitzung erlebt.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Aus meiner Sicht liegt der Ball ganz eindeutig bei der Stadt. Ich denke, alle hier Anwesenden sollten zur Kenntnis nehmen, dass niemand sich einfach über das Votum des Bürgerentscheides hinwegsetzen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Bau der Waldschlößchenbrücke ist eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Es war eine Entscheidung der Landeshauptstadt Dresden, die Aufnahme des Dresdner Elbtals in die Liste des Weltkulturerbes zu beantragen. Es ist letztlich eine Entscheidung der Landeshauptstadt Dresden, wie sie mit der Entscheidung des Welterbekomitees umgeht. Dass sie sich dabei nicht in Widerspruch zu höherrangigem Recht setzen darf, ist selbstverständlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der GRÜNEN behauptet in ihrem Antrag, der erkennbare Konflikt zwischen kommunalen Baumaßnahmen und internationalen Verpflichtungen sei bislang nur unzureichend begleitet worden. Dieser Vorwurf ist nicht zutreffend. Die Sächsische Staatsregierung hat der Landeshauptstadt Dresden in der Vergangenheit stets die notwendige Unterstützung gewährt. Beide, die Stadt Dresden und die Sächsische Staatsregierung, haben von Anfang an darauf geachtet, dass die Planung der Waldschlößchenbrücke im Antrag deutlich zum Ausdruck kam. Für die Sächsische Staatsregierung war immer klar, dass sich der Antrag auf eine sich weiterentwickelnde Kulturlandschaft bezog, die künftige Elbquerungen und insbesondere die Waldschlößchenbrücke einbezog. Dies wurde gegenüber der UNESCO in einem den Antrag ergänzenden Schreiben vom 2. April 2004 noch einmal eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Der finnische Vertreter von ICOMOS, der für die UNESCO das Dresdner Elbtal evaluierte, wurde durch die Stadt Dresden unter anderem vom ehemaligen Landeskonservator umfassend über die Planung informiert. Frau Hermenau, nicht die Stadt Dresden hat in ihrem Antrag von fünf Kilometern gesprochen. Es war dieser finnische Vertreter von ICOMOS, der eingesetzte Hauptgutachter.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Sie hätten das korrigieren können!)

– Entschuldigen Sie bitte, wir hatten das vorher nie zu Gesicht bekommen. Was sollten wir da korrigieren können?

Die Landeshauptstadt Dresden ging demnach fest davon aus, dass die Entscheidung der UNESCO im Juli 2004 und die Urkundenverleihung selbstverständlich vor dem Hintergrund der Planungen zur Waldschlößchenbrücke erfolgten. Umso überraschender waren dann die Medienberichterstattungen Ende 2005 und der Wunsch des Direktors des Welterbezentrums, Francesco Bandarin, eine Visualisierung der Einbindung der Waldschlößchenbrücke in die Elblandlandschaft anzuregen.

Dabei wurde auch der unberechtigte und mittlerweile verstummte Vorwurf erhoben, Ausmaß und Lage der Brücke würden sich erheblich von der Darstellung zum Zeitpunkt der Evaluierung unterscheiden. Die Stadt Dresden sagte schließlich die Verschiebung des Baubeginns und die Erstellung eines Sichtgutachtens zu. Die wichtigsten Stellungnahmen der Stadt wurden über das Sächsische Staatsministerium des Innern und das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, die Kultusministerkonferenz und das Auswärtige Amt an die UNESCO weitergeleitet.

Nachdem bekannt wurde, dass sich die Situation durch einen deutlich veränderten Beschlussvorschlag für das Welterbekomitee verschärft hatte, wandte sich der sächsische Ministerpräsident schriftlich an die Bundesregierung und warb für die Position der Stadt Dresden. Ich selbst habe mich noch am 6. Juli in einem Schreiben an den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik bei der UNESCO gewandt und um Unterstützung der Landeshauptstadt gebeten. Frau Hermenau, es waren halt zwei, die auf dem Rücken lagen und mit den Beinen gebaumelt haben – um in Ihrer Sprache zu bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sächsische Staatsregierung bedauert, dass die Situation durch den Eintrag des Dresdner Elbtals in die Rote Liste der gefährdeten Welterbestätten eskaliert ist. Ich verstehe aber nicht, was die Antragstellerinnen eigentlich von der Sächsischen Staatsregierung erwarten.

Nach meinem Kenntnisstand hat die Stadt über alle für die Entscheidung der UNESCO wesentlichen Aspekte der Brücke vorab informiert. Weil das so ist, konnte die UNESCO dem Antrag zustimmen oder sie konnte ihn ablehnen. Sie hat ihm zugestimmt. Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht, wo hier ein Verstoß gegen Völkerrecht durch Förderung einer mit Bürgerentscheid beschlossenen Brücke liegen soll.

Die Staatsregierung sieht sich nicht in der Rolle eines Moderators zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der UNESCO.

Auch der Vergleich mit Köln hinkt. Mit dem Dresdner Elbtal liegt ein einmaliger Sonderfall vor. In Köln wurde eine Planung als Gefährdung eingestuft, die lange nach dem Erlangen des Welterbestatus vorgelegt wurde. Im Dresdner Elbtal war die abgeschlossene Planung Bestand-

teil des Antrages. Diesen Umstand gilt es auch beim weiteren Fortgang im Auge zu behalten.

Meine Damen und Herren! Die Entscheidung des Welterbekomitees weist über den Einzelfall weit hinaus. Es ist bekannt, dass die Sächsische Staatsregierung die Montanregion im Jahre 1998 für die Aufnahme in die Liste der Welterbestätten angemeldet hat. Über den Antrag dürfte frühestens 2011 entschieden werden. Neben der Montanregion haben auch Görlitz, die Thomas-Kirche und die Bachstätte Leipzig sowie die Umgebungslandschaft ein Interesse an der Aufnahme in die Liste der Welterbestätten bekundet.

(Uwe Leichsenring, NPD:
Die Sächsische Schweiz auch!)

– Sächsische Schweiz als Weltnaturerbe.

Die UNESCO ist im Begriff, die Kriterien für die Aufnahme als Weltkulturerbe an weitaus strengeren Maßstäben auszurichten. Ein zentraler Punkt der in der UNESCO geführten Grundsatzdebatte ist die Ansicht, dass der Begriff des außergewöhnlich universellen Wertes einer Welterbestätte bisher zu großzügig interpretiert worden sei. Auswirkungen auf deutsche Nominierungen sind zu erwarten. Insofern ist der Antrag des Freistaates für das Jahr 2011 in besonderer Weise im Hinblick auf die Kriterien der UNESCO zu prüfen.

Als Voraussetzung einer sächsischen Antragstellung sind sowohl die Erfolgsaussichten als auch die Unwägbarkeiten des Antrages und die Folgen abzuschätzen. Erst danach kann verantwortungsbewusst entschieden werden. Auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2001 und von Gesprächen zwischen allen Beteiligten entwirft die Region Erzgebirge ein Design für ein Pilotprojekt, mit dem Erfolgsaussichten eines Antrages eingeschätzt werden können. Hierzu soll zunächst eine Projektgruppe einberufen werden. Gegebenenfalls könne auch ein Gutachten zur Folgeabschätzung des Welterbestatus in Auftrag gegeben werden. Für den Fall, dass die Ergebnisse nicht für die Montanregion Erzgebirge sprechen sollten, wird ein Rankingverfahren, in dem dann weitere Projekte aufgenommen werden, durchgeführt.

Für den künftigen Umgang mit Welterbeanträgen sind die bisherigen Erfahrungen mit dem Dresdner Elbtal von großer Bedeutung. Interessenten für den Titel Welterbe sollten sich stärker als bislang vor Augen führen, dass mit der Aufnahme in die Liste der Welterbestätten nicht nur ein erhöhter Bekanntheitsgrad, sondern auch erhebliche Verpflichtungen und, wie hier deutlich wird, unvorhersehbare Einschränkungen verbunden sein können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der FDP und
der Staatsministerin Helma Orosz)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Meine Damen und Herren! Erhebt sich Widerspruch, dass wir zu den Schlussworten kommen? – Frau Hermenau, bitte für die GRÜNEN.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Die Generalprobe einer Stadtratssitzung kann ich hier nicht erkennen, denn ich bin nicht im Dresdner Stadtrat. Aber ich bin sehr wohl ad personam, nicht in Vertretung einer Partei oder Institution, Mitglied der deutschen UNESCO-Kommission.

Ich habe zwei Jahre die Kölner Debatten mitverfolgen können, in allen Details, mit allen Pro und Kontras. Was ich gehört habe, waren die gleichen, halbstarren kommunalpolitischen Töne, die hier durchgedrungen sind. Aber die Landesregierung in NRW hat ganz anders gesprochen als Sie gerade; ganz anders! Die Landesregierung in NRW hat sich gekümmert. Dort gab es erst ein grünes Ministerium, dann ist es ein schwarzes geworden. Sie haben sich gekümmert und haben daran gearbeitet. Das Auswärtige Amt – mit dem Sie auch weiter arbeiten müssen, Sachsen ist keine Insel – ist maßlos verstimmt über die Halsstarrigkeit, die ihm aus Dresden und Sachsen entgegendröhnt.

(Widerspruch bei der FDP)

Sie müssen – so sehe ich das, Herr Buttolo – das ausputzen, was andere vor Ihnen verbrochen haben. Was Sie tun sollen, haben Sie gefragt? Das habe ich Ihnen gesagt: Sie sollen den Beschluss von Vilnius ernst nehmen. Sie als Staat – und Sie sind hier der Staat als Staatsregierung, weil das Auswärtige Amt zwar der Vertragspartner für die Bundesrepublik Deutschland ist, aber Sie hier vor Ort ausführen – sind gefordert, die Bauprojekte zu stoppen und die Diskussion mit allen Beteiligten aufzunehmen, um alternative Lösungen zu finden. Das ist ein ganz klarer Handlungsauftrag. Da kann man sich nicht wegducken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welcher Zacken – mal bildlich gesprochen – bräche Ihnen denn aus der kurfürstlichen Krone, wenn Sie eine mit der UNESCO verträgliche Verkehrslösung zu erreichen versuchten?

Ich sage es Ihnen ganz offen – Herr Weckesser, das geht auch an Sie: Die GRÜNEN in Dresden haben sich das lange durch den Kopf gehen lassen und diskutiert. Wir würden einen neuen Bürgerentscheid unterstützen. Das ist in Ordnung. Wir würden es auch akzeptieren, wenn es eine mit der UNESCO vereinbarte verträgliche Verkehrslösung gibt – seien es zwei kleine Brücken, sei es ein Tunnel. Ich habe keine Ahnung, was bei solch einer Verhandlungslösung herauskommt. Man kann dabei eine kleine Brücke für Herrn Zastrow berücksichtigen, wenn das irgendwie möglich ist. Verstehen Sie? Das wäre nicht das Problem.

Ich zitiere Herrn Dirk Birgel von der „DNN“ vom 12.07.06: „Der Kardinalfehler war, die Kritik der UNESCO aussitzen zu wollen.“ Das gilt natürlich auch ab morgen, Herr Buttolo. Das galt nicht nur für die Vergangenheit.

Nach dem morgigen Stadtratsbeschluss – je nachdem, wie er ausfallen wird, das weiß ich nicht – hat die Staatsregierung vielleicht – falls der Baubeginn nicht beschlossen

wird – die Möglichkeit, staatsmännisch tätig zu werden. Dann hören Sie doch einmal auf Herrn Güttler, auf Herrn Emmerlich, Herrn Zimmermann, Herrn Hoppe oder eben Herrn Birgel. Bisher ist das nämlich Ihr bürgerliches Wählerklientel in Dresden. Ich würde darauf achten, wenn die etwas zu sagen haben.

Herr Hoppe hat es heute sehr plastisch ausgedrückt, es sei ihm gegönnt: „Man kann doch nicht das alles mit dem Hintern umstoßen und kaputtmachen, nur einer Brücke wegen, die nicht in die Landschaft passt.“ Gesünder kann man es nicht erklären.

Der Dresdner Appell der letzten Woche hat davon gesprochen, dass Sie in dieser heiklen Konstellation beide, Stadtebene und Landesebene, besondere politische Reife beweisen sollen. Das Kuratorium UNESCO-Welterbe Dresden Elbtal – auch nicht gerade ein GRÜNEN-Verein – hat deutlich gemacht, dass es sehr wohl eine Verantwortung der Staatsregierung sieht.

Wir werden sehen, was am Freitag die neueste Meldung der Staatsregierung zum Thema sein wird.

Ich habe einmal nachgelesen, wie die Neuaufnahme des Dresdner Elbtals im Komitee erfolgte. Da steht in der „UNESCO Heute“ vom Februar 2004: „34 weitere Kultur- und Naturerbestätten wurden in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen, darunter drei aus Deutschland. Hoch gelobt und auf einer bewegenden Welle der Zustimmung passierte der Antrag ‚Dresdner Elbtal‘ das Komitee.“ Wie müssen die sich geärgert und ausgenutzt gefühlt haben, als sie die tuckernden Bagger zum Baubeginn gehört haben und als sie mitbekamen, dass die Anmeldung fehlerhaft war?

Die Frage, ob die Stadtverwaltung wissentlich getäuscht hat oder nicht, wird man hier nicht klären können. Wichtig ist, dass die Leute im Komitee und in Paris davon ausgehen, dass es so ist. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darauf kommt es an.

Ich zitiere zum Schluss Walter Hirche – übrigens Mitglied der FDP, damit keine Missverständnisse aufkommen –, Stellvertretender Ministerpräsident Niedersachsens und Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, mit 100 % der Stimmen – also auch meiner – wiedergewählt: „Mit der Auszeichnung als Welterbe stellen die Vertragsstaaten ihr Erbe in den universellen Kontext der Geschichte der gesamten Menschheit. Sie verzichten damit auf eine lediglich nationale Inanspruchnahme dieser wichtigen Güter. In diesem partiellen Souveränitätsverzicht liegt der kulturpolitische Kern der Welterbeidee.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

In Köln hat die FDP bis zum Ende dagegen gestimmt. Den Stadtrat hat das nicht gekümmert. Er hat trotzdem sehr vernünftig entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS und des Abg. Karl Nolle, SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das zweite Schlusswort für die Linksfraktion.PDS hält Frau Mattern, bitte.

Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Buttolo! Selbstverständlich kann sich niemand über den Dresdner Bürgerentscheid so ohne Weiteres hinwegsetzen – weder der Landtag noch der Stadtrat, schon gar nicht die Regierung oder die Fraktionen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Nur die Bürger selbst!)

Ihr Regierungspräsidium hat heute auf die Konsequenzen hingewiesen, die drohen würden, unternähme jemand den Versuch, sich darüber einfach hinwegzusetzen.

Wir haben Ihnen aber etwas anderes vorgeschlagen. Wir sind der Überzeugung, dass es richtig ist, diesen Weg zu beschreiten. Denn niemand außer den Bürgern selbst kann bei dem Bürgerentscheid Hand anlegen und eine neue Entscheidung treffen. Das ist eine absolut demokratische und souveräne Entscheidung, die gefällt werden könnte.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

Wir haben kein Recht, dazu ein Wort zu sagen.

Natürlich wird der Stadtrat, verehrter Herr Innenminister, morgen Beschlüsse fassen. Da bin ich mir ziemlich sicher. Ob sie jedermann gefallen werden, ist heute noch nicht zu sagen. Aber ich hoffe sehr, dass es in der Gemeinschaft des Dresdner Stadtrates ein anderes Verständnis hinsichtlich des Welterbes, das uns hier in der Stadt in die Hand gelegt worden ist, geben wird.

Welterbestätten sind natürlich alle für sich genommen Sonderfälle. Das betrifft nicht nur Dresden. Für jeden dieser Sonderfälle gilt aber die UN-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes auf der Welt, die die Bundesrepublik Deutschland in voller Souveränität und freiwillig unterschrieben hat. Deshalb muss ich Ihnen, Herr Zastrow und Herr Rohwer, noch einmal verdeutlichen, dass niemand auf der Welt der Stadt Dresden den Welterbetitel aufgezwungen hat.

(Antje Hermenau, GRÜNE: So ist es!)

Man hat sich darum beworben. Man hat dafür Geld investiert. Man hat Aufwand getrieben. Als es dann endlich geglückt war, haben sich alle darüber gefreut. Aber Sie stellen sich jetzt hierhin und wollen darauf pfeifen. Dazu muss ich sagen, dass das an Arroganz und Überheblichkeit nicht zu überbieten ist.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Sie treten dadurch mit Ihren Füßen auf der Geschichte dieser Stadt herum. Ich halte das für unerträglich.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS, den
GRÜNEN und des Abg. Karl Nolle, SPD –
Proteste bei der CDU)

Nun finden nicht nur Herr Biedenkopf, sondern auch andere, die heute hier gesprochen haben, Dresden auch ohne den Titel schön. Man kann an der Elbe spazieren gehen, ohne ständig an den Titel zu denken. Das mag schon sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, Herr Zastrow hat sich hier in unüberbietbarer Weise darüber ausgelassen, dass der Titel der Stadt angeblich nichts brächte. Reden wir doch einmal darüber, was Dresden verliert: Es verliert nicht nur den Welterbetitel, sondern auch an Image, an Ansehen in der Welt, an Glaubwürdigkeit.

(Proteste bei der CDU)

Ich schwöre Ihnen, man wird mit dem Finger auf uns zeigen.

(Zuruf von der CDU: Mehr Selbstbewusstsein!)

Die Fachwelt in Kunst und Kultur wird jahrzehntelang darüber diskutieren und diesen einmaligen Vorgang, diese Ignoranz auswerten.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS, den
GRÜNEN und des Abg. Karl Nolle, SPD)

Ich denke, wenn wir noch einen Schritt in die Richtung der Herren Rohwer und Zastrow gehen, werden wir aus der Blamage nicht mehr herauskommen und sie wird uns ewig anhängen.

Ich möchte noch einen inhaltlichen Aspekt benennen. Die UNESCO-Welterbestätten werden nicht als solche benannt, weil es dadurch gute Vermarktungschancen gibt. Das ist nicht der Fall. Dies soll lediglich ein Begleiteffekt sein. Insofern sind Tourismusexperten und Marketingleute, die Sie hier erwähnt haben, nicht die richtigen Ansprechpartner. Denn die Stätten, die von der UNESCO in die Welterbeliste aufgenommen werden, erhalten einen ganz anderen, besonderen Status, der die Verantwortlichen zum Erhalt und Schutz der Welterbestätten verpflichtet.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Richtig, das ist eine Verpflichtung!)

Aus diesen Gründen haben wir heute diesen Antrag auf die Tagesordnung gestellt. Denn wir halten es für wichtig, dass sich das Hohe Haus mit der Staatsregierung darüber auseinandersetzt, wie wir eine vernünftige und verantwortbare Welterbepolitik gestalten können.

Ich möchte ein kurzes Fazit ziehen: Diese Debatte hat mir gezeigt, dass es Ihnen von der CDU weder um die Brücke noch um den Welterbestatus geht. Es geht um ein politisches Kalkül und um die Frage, wer gewinnt. Man merkt es Ihnen an der Nasenspitze an, Herr Rohwer, wie unerträglich es Ihnen ist, dass in der Stadt Dresden andere Mehrheitsverhältnisse als hier im Landtag herrschen. Ich will Ihnen auf den Weg geben, dass Sie das eigentlich nicht zu wurmen braucht. Denn wir haben Ihnen heute ein Angebot zum Dialog unterbreitet.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Mattern, bitte kommen Sie zum Schluss!

Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS: Nehmen Sie es einfach an und wir werden eine Lösung für diese Problematik finden.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS, den GRÜNEN und des Abg. Karl Nolle, SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen der beiden Anträge. Wir beginnen mit dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN, Drucksache 4/5864.

Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen? –

Bei keinen Enthaltungen und einer größeren Anzahl von Pro-Stimmen ist er mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zum Antrag der Linksfraktion.PDS mit der Drucksache 4/4117. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen? – Bei Enthaltungen und Pro-Stimmen ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war die 55. Sitzung. Wir sehen uns morgen Früh um 10:00 Uhr wieder. Genießen Sie die letzten Sekunden der Temperatur dieses Raumes. Morgen Früh haben Sie dieses Vergnügen wieder.

(Schluss der Sitzung: 20:51 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488